



Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee

Donnerstag, 1. Dezember 2022, 19:00 – 21:15 Uhr
im grossen Saal des Kirchgemeindehauses

Die Einberufung erfolgte mittels Einladung vom 2. November 2022 sowie der Publikation im Amtsanzeiger Nr. 44 vom 4. November 2022.

Vorsitz	Bergamin Poncet Luci (GFL)	
Mitglieder GGR	EDU	Keller Lars
	EVP	Rohrer Therese, Wenger Bernhard
	FDP	Frefel Jürg, Kummer Stefan (ab 19.05 Uhr)
	GFL	Dürig Richard, Merlo Valeria, Probst Stucki, Ursula, Schüpbach Beat
	SP	Burger Andreas, Eckstein Wolfgang, Farago Sofia, Gasser Niederhauser Erika, Genhart Feigenwinter Luzia, Hügli Irene, Kast Bettina, Kast Manuel, Marti Stephan, Schneider Manfred, Schneuwly Yvan, Stähli Christian
	SVP	Baumgartner Yves, Brunner Andreas, Capelli Marco, Gygax Michel, Häusler Simon, Hammerich Thomas, Hefti Markus, Käser Patrick, Kammermann Claudia, Kissling Daniel, Krummen Marco, Schneider-Hebeisen Beatrice, Stettler Kurt, Stettler Silvia, Witschi Fredi (ab 19.05 Uhr)
Anwesend zu Beginn	37	
Absolutes Mehr	19	
Mitglieder GR	Häberli Vogelsang Eva (SP), Hebeisen-Christen Annegret (SVP), Imhof Patrick, (SP), Lerch Pascal (EVP), Lopez Cesar (SVP), Stucki Peter (GFL), Waibel Manfred (SVP)	
Sekretär	Gerig Olivier A.	
Protokoll	Zwygart Franziska	
Anwesend	Hirsiger Daniela, Sachbearbeiterin Hochbau Reber Michael, Leiter Bildung Trummer Patrick, Abteilungsleiter Bau	
Entschuldigt	EVP	Mollet Toni
	FDP	Arni Marco
	GFL	Weyermann André

Luzi Bergamin Poncet, GGR-Präsident eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

Traktandenliste

Beschluss: Die Traktandenliste wird genehmigt.

GESCHÄFTE

- 67 Protokoll vom 20. Oktober 2022; Genehmigung
- 68 Mitteilungen
- 69 Büro Grosser Gemeinderat für 2023; Wahlen
- 70 Vorstand Musikschule Münchenbuchsee; Nachfolgeregelung Beatrice Schneider-Hebeisen (SVP); Wahl
- 71 Finanzkommission (FIKO); Nachfolgeregelung Thomas Hammerich (SVP); Wahl
- 72 Geschäftsprüfungskommission (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium für die Jahre 2023 und 2024
- 73 Totalrevision Schulreglement; Behandlung und Postulat André Quaile, SVP; Aufgaben und Kompetenzen der Bildungskommission BIKO; Abschreibung
- 74 Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung, Behandlung
- 75 Gebäudehülle Sanierung Bernstrasse 12, Kreditgenehmigung
- 76 Motion Marco Arni, FDP; Projekt Sanierung Zentrumsbereich Münchenbuchsee, Anpassungen dringend nötig; Behandlung
- 77 Postulat Andreas Brunner, SVP; Organisationsform Zukunftsforum überdenken und Alternative suchen; Abschreibung und Kenntnisnahme Konzept "von Buchsee-Gespräche"
- 78 Postulat Therese Rohrer-Schüle, EVP; rauchfreie Zonen im Hirzi; Behandlung
- 79 Interpellation Kurt Stettler, SVP; Parkierung beim Hirzi; Beantwortung
- 80 Berichterstattung GPK-Revision 2022
- 81 Einfache Anfragen (Entgegennahme und Beantwortung)
- 82 Entgegennahme parlamentarische Vorstösse (Interpellationen, Postulate, Motionen)

Legende

LNR Geschäft-Laufnummer im Axioma (verwaltungsintern)
BNR Beschlussnummer

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Detailberatung

Das Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2022 wurde den Parlamentsmitgliedern per Email am 16. November 2022 zugestellt.

Detailberatung

Votum Irene Hügli, Seite 237

Beim Protokoll vom 20.10.22 unter BNR 63 wurde unter anderem folgender Satz von mir protokolliert: „Ich werde die Lehrperson motivieren, allen Parteien eine solche Einladung zukommen zu lassen.“

Als Ergänzung: Ich wusste es zu dem Zeitpunkt nicht sicher. Doch die Schülerinnen und Schüler dieser Klasse hatten selbstverständlich alle Ortsparteien angeschrieben und zum Interview ins Klassenzimmer eingeladen.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Das Protokoll vom 20. Oktober 2022 wird mit der Ergänzung genehmigt.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Allfällige Änderungen in Protokoll vornehmen, an Webmaster zustellen)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 9. Januar 2023, in Kraft.

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Bericht

Manfred Waibel, Gemeindepräsident informiert über Folgendes:

Als erstes muss ich mich entschuldigen, dass ich an der letzten Sitzung falsche Angaben gemacht habe. Diejenigen, die sich damit auskennen, haben es bemerkt. Die Angaben der Kilowatt-/Megawatt -und Gigawatt-Stunden waren alle um Faktor tausend zu hoch.

Abteilung Öffentliche Sicherheit

Ab 1. Januar 2023 haben wir eine neue Abteilung Öffentliche Sicherheit. Neuer Abteilungsleiter wird Jürg Burkhalter. Ich hätte ihn gerne heute vorgestellt, er ist aber leider krank. Wir werden schauen, dass dies an der nächsten Sitzung möglich sein wird. Wem der Name bekannt vorkommt, er ist zur Zeit Ressortleiter Öffentliche Sicherheit und übernimmt dann ab kommenden Januar die Abteilung. Er ist als keine neue Person, welche noch eingearbeitet werden muss.

Gemeindeverwaltung, Bernstrasse 8

Das Gebäude Bernstrasse 8 (Haupteingang) ist vom 6. Dezember bis 8. Dezember 2022 geschlossen, die Bauabteilung ist hingegen geöffnet. Der Grund ist, dass die Umbauarbeiten im Erdgeschoss fertig gestellt werden müssen. Wenn jemand ein dringendes Anliegen hat, soll er dies per Mail melden.

Kornhausbibliotheken

Die Kornhausbibliotheken haben das Projekt «open library» gestartet, welches in Münchenbuchsee auch eingeführt wird. Das bedeutet, dass man in den Bibliotheken auch Bücher ausleihen und zurückgeben kann, wenn sie geschlossen ist. Die Umsetzung wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2023 sein. Ein genauer Termin kann nicht festgelegt werden, weil es teilweise Lieferprobleme mit Material gibt.

Aktionsprogramm «Energie»

Wir haben ein Aktionsprogramm «Energie» auf der Gemeindeverwaltung gestartet. Es geht hauptsächlich darum, die Angestellten zu sensibilisieren, was an Energiesparmassnahmen gemacht werden kann. Im Grossen und Ganzen haben wir die Empfehlung des Kantons übernommen. Eine haben wir nicht übernommen, nämlich den Lift in der Gemeindeverwaltung nicht zu nehmen, weil wir über keinen verfügen. Ein Beispiel: Wir haben die Helligkeit der Strassenlampen reduziert. Das heisst aber nicht komplett, wir haben einfach die Dimmprofile angepasst, das ist eine Optimierung im vertretbaren Bereich. Wir haben dies nicht kommuniziert und bisher noch keine Reklamationen erhalten.

Es hat eine Sitzung mit KMU Münchenbuchsee stattgefunden. Allenfalls wurde es schon festgestellt, dass die Schaufenster-Beleuchtungen früher als sonst abgestellt oder weniger hell waren. Weiter wurde auch beschlossen, keine Weihnachtsbeleuchtung zu montieren. Auf der Bushaltestelle bei der Kirche hat es einen Tannenbaum mit Licht. Dabei handelt es sich aber um eine Solarbeleuchtung. Weitere Punkte sind unter anderem die Temperaturen in den Innenräumen, kein Dauerlüften und kein Kippen der Fenster über die Nacht, sondern sogenanntes Stoss-Lüften. Diese Information wird alle zwei Wochen allen Gemeindeangestellte und Lehrpersonen zugestellt.

Info-Veranstaltung Sommersanierungsprojekt Hirzi

Am 8. Dezember 2022, dies ist relativ kurzfristig, das ist uns bewusst, ging aber terminlich nicht anders, findet um 18.00 Uhr im Sportzentrum Hirzenfeld die Info-Veranstaltung zum Sommersanierungsprojekt Hirzenfeld statt. Die Unterlagen dazu sind in Zollikofen bereits verabschiedet worden, unser Gemeinderat behandelt sie erst kommenden Montag. Dem Parlament werden sie nächsten Dienstag zugestellt. Ihr werdet somit am Info-Abend im Besitz der notwendigen Unterlagen sein.

Annegret Hebeisen-Christen, Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit informiert über Folgendes:

Begräbnisgemeindeverband; öffentlicher Aushang Todesanzeigen

Der Begräbnisgemeindeverband hat beschlossen, die Standorte für den öffentliche Aushang der Todesanzeigen zu reduzieren. Ich informiere hier, weil dies bei einigen Bürgerinnen und Bürger ein sehr heikles Thema ist. Neu werden der Aushang nur noch bei der Gemeindeverwaltung, beim Kirchgemeindehaus, beim Friedhof und in der Allmend wie auch in den Gemeinden Deisswil, Wiggiswil und Diemerswil, jeweils im Dorfzentrum, bewirtschaftet. Die vier Standorte Bushaltestellen Häuslimoos, Hofwil, Waldegg und an der Allmendstrasse werden per Ende 2022 aufgehoben.

Reporting Kantonspolizei, 3. Quartal

Aus dem stattgefundenen Reporting mit der Kantonspolizei habe ich Erfreuliches zu berichten. Schwerpunkt Jugend: Die Situation ist weiterhin ruhig und unproblematisch aus Sicht der Kapo. Die Mess-Statistik im 3. Quartal: Es haben 18 Radar-Einsätze zugunsten der Verkehrssicherheit stattgefunden. Weniger erfreulich, die Bielstrasse ist und bleibt ein Hotspot. Die Polizei wird dort aber vermehrt Kontrollen durchführen.

Cesar Lopez, Departementsvorsteher Tiefbau informiert über Folgendes:

Öffentliche Beleuchtung

Die Umrüstung auf LED ist nun abgeschlossen. Also sind unsere Strassenlampen nun alle auf LED umgerüstet. Ich danke auch der EMAG, welche den Zeitplan eingehalten hat.

Hofwil-Brüggli

Wir haben dort im Oktober einen Verkehrsdienst aufgeboden. Ich habe schon an der letzten Sitzung darüber informiert, dass wir diesen vorzeitig aufheben werden, wenn sich die Situation bessern würde. Leider ist dies nicht der Fall. Wir haben den Verkehrsdienst gebeten, uns zu informieren, wieviele Lastwagen sie festgestellt haben. Es sind dies im Durchschnitt 25 Stück pro Tag. Also 25 Lastwagen, welche über das Hofwil-Brüggli fahren wollten, aber beim Kreisel gestoppt wurden. Dies deckt sich auch mit der Erkenntnis der Kantonspolizei resp. ihren Rückmeldungen. Es mussten zahlreiche Verkehrs-Widerhandlungen festgestellt, welche mit Bussen und Verzeigungen geahndet wurden. Dies hat zur Folge, dass wir den Verkehrsdienst sicher bis Ende Jahr, bis die Zürichstrasse zumindest einseitig wieder befahrbar ist, beibehalten.

Pascal Lerch, Departementsvorsteher Soziales informiert über Folgendes:

Zeichen der Erinnerung

Am 12. September 2022 haben alle Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten des Kantons von der Staatskanzlei einen Brief erhalten. Darin wurde um Unterstützung bei der Schaffung eines «Zeichens der Erinnerung» gebeten. Dabei geht es um die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen bis ins Jahr 1981.

Das Konzept des Kantons sieht vor, nicht in erster Linie in ein dunkles Kapitel der Berner Geschichte zu schauen, sondern den Blick nach vorne zu richten in eine Zukunft, in der wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass derartige Vorkommnisse nicht mehr geschehen. Ein zentrales Anliegen des Berner Konzepts ist das gemeinschaftliche und gleichzeitige Engagement möglichst aller Berner Gemeinden am 25. Mai 2023.

Der Gemeinderat unterstützt das Zeichen der Erinnerung und wird eine zweiwöchige Plakatausstellung (Plakate von Claude Kuhn; beziehbar über den Kanton), ein Erzählbistro in den Schulen sowie ein würdiges Rahmenprogramm organisieren. Details und Programm werden zu gegebener Zeit kommuniziert.

Leistungsvertrag mit dem Seniorenverein

Der Gemeinderat hat die Verlängerung des Leistungsvertrags mit dem Seniorenverein bis 31. Dezember 2024 bewilligt. Da die Freiwilligen von Buchsi-Senioren vernetzt planen, ihren Telefondienst (massiv) auszubauen – *nämlich tägliche Erreichbarkeit zwischen 09.00 und 17.00 Uhr* – ergeben sich Mehrkosten. Es wurde vereinbart, dass der Leistungsvertrag ab Januar 2023 lediglich für zwei Jahre abgeschlossen wird. Bis Herbst 2024 evaluieren die Freiwilligen das ausgebauten Angebot und werden entscheiden, ob das Angebot auch weiterhin in diesem Mass weitergeführt wird und wie hoch die ungedeckten Kosten sind.

Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung informiert über Folgendes:

Schulleitung Waldeck

Die Kommission hat die vakante Stelle für die Schulleitung Waldeck/Allmend besetzen können. Per 1. Februar 2023 beginnt Frau Birgit Schindler als Schulleiterin. Frau Schindler ist aktuell im Kanton Graubünden in einem schulischen Brückenangebot in der Leitung tätig. Sie verfügt über die notwendige Ausbildung als Schulleiterin.

Ukrainische Flüchtlinge in der Volksschule

In Münchenbuchsee haben wir derzeit 20 Kinder im Schulalter, welche aus der Ukraine kommen. Zwei davon besuchen die HSM, eines ist in Abklärung.

Kinder bis zur dritten Klasse besuchen den Unterricht in ihrer Klasse, ab der vierten Klasse sind sie grossmehrheitlich in der Integrationsklasse. Sprich am Morgen im Deutschkurs und am Nachmittag in ihrer Stammklasse.

Coronavirus

Auch die Schule hat mit dem Thema einen Umgang gefunden. Grundsätzlich gilt, dass symptomatische Personen nichts in der Schule zu suchen haben. Es gibt jedoch keine Isolationspflicht mehr. Die Hygieneregeln bleiben nach wie vor in Takt.

Etwas Aufregung hat es rund um den Hinweis der Bildungs- und Kulturdirektion gegeben, dass je nach Situation auch in diesem Jahr in der letzten Woche vor Weihnachten auf Fernunterricht umgestellt werden muss. Hier hat die BKD nochmals präzisiert, dass dies nur umgesetzt wird, wenn aus epidemiologischen Gründen zwingend notwendig. Im Moment sieht es glücklicherweise nicht danach aus.

Ausflug des Gemeinderates

Jedes Jahr findet ein Ausflug des Gemeinderates statt. Ich habe als Vize-Präsident den Auftrag, diesen Anlass zu organisieren. Wir haben nicht einen weiten Ausflug gemacht. Der Start war in Münchenbuchsee und wir fuhren mit den E-Bikes nach Diemerswil. Wir wollten, da wir einen neuen Ortsteil bekommen, diesen näher anschauen und gingen auf sie zu. Es hat uns interessiert, was bei ihnen alles läuft, was sie bewegt und was für Gefühle sie rund um die Fusion haben. Wir haben insgesamt sechs Diemerswilerinnen und Diemerswiler in verschiedenen Teilen des Dorfes zu Hause besucht. Sie haben von sich, von ihrem Hof und ihrer Arbeit erzählt. Es waren spannende Begegnungen für uns alle. Anschliessend gingen wir noch im Restaurant Diemerswil essen. Ihr werdet noch einen ausführlichen Bericht mit Fotos im Buchsi-Info lesen können.

Eva Häberli Vogelsang, Departementsvorsteherin Hochbau informiert über Folgendes:

Feuerwehrmagazin

Das Feuerwehrmagazin ist soeben an den Wärmeverbund Zentrum angeschlossen worden. Es laufen noch die letzten Arbeiten und Feinschliffe.

Klosterweg 1 (altes Feuerwehrdepot vor Kirche)

Das geschützte Gebäude ist in den letzten Monaten saniert worden. Es ist unter anderem ein neuer Dachaufbau erstellt worden, die Fassade ist instand gestellt und Malerarbeiten sind ausgeführt worden. Morgen findet die Bauabnahme statt.

Sanierung Sportplätze

Beim Schulhaus Bodenacker haben wir den roten Sportplatz saniert. Die Oberfläche des Belags hat das Ende seiner Lebensdauer erreicht, die oberste Schicht im Belagsaufbau hat sich in kleinere Plastikkügelchen aufgelöst, was eine Rutschgefahr zur Folge gehabt hat. Im Frühjahr 2023 machen wir beim Sportplatz im Riedli dieselben Arbeiten.

Schulhaus Allmend

Abgeschlossen ist der Ausbau beim Schulhaus Allmend. Hier steht also jetzt ein zusätzliches Schulzimmer zur Verfügung.

Schulraumplanung

Last but not least – an der Umsetzung der Schulraumplanung bzw. am Masterplan dazu sind wir dran, wir haben gerade diese Woche eine Sitzung mit Kontext-Plan gehabt.

1.237 Wahlen durch Grosser Gemeinderat

Büro Grosser Gemeinderat für 2023; Wahlen

LNR 6961

BNR 69

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Ansprechpartner Verwaltung: Olivier Gerig; Gemeindeschreiber

Bericht

Gestützt auf Art. 1.3 der Geschäftsordnung GGR wird an einer der letzten Sitzungen die Wahl des Büro GGR für das Folgejahr vorgenommen.

Dem Grossen Gemeinderat werden folgende Personen zur Wahl vorgeschlagen:

Funktion	Name Vorname	Adresse	Partei
Präsident/in	Kast Bettina	Brunnenweg 1	SP
1. Vizepräsident/in	Baumgartner Yves	Parkweg 19	SVP
2. Vizepräsident/in	Wenger Bernhard	Hofmatt 14	EVP
Stimmenzähler/in	Stettler Kurt	Radiostrasse 37	SVP
Stimmenzähler/in	Schneider Manfred	Tannenweg 10	SP

Finanzielles

Dieses Geschäft hat keine direkten finanziellen Auswirkungen.

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		OgR	Art. 26.1
Zuständigkeit	GGR	GO GGR	Art. 1.3
Finanzkompetenz			
Verfahren		GO GGR	Art. 45

Antrag

1. Die folgenden Personen werden für 2023 in das Büro GGR gewählt:

Funktion	Name Vorname	Adresse	Partei
Präsident/in	Kast Bettina	Brunnenweg 1	SP
1. Vizepräsident/in	Baumgartner Yves	Parkweg 19	SVP
2. Vizepräsident/in	Wenger Bernhard	Hofmatt 14	EVP
Stimmenzähler/in	Stettler Kurt	Radiostrasse 37	SVP
Stimmenzähler/in	Schneider Manfred	Tannenweg 10	SP

Eintretensdebatte

--

Eintreten

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Die folgenden Personen werden für 2023 in das Büro GGR gewählt:

Funktion	Name Vorname	Adresse	Partei
Präsident/in	Kast Bettina	Brunnenweg 1	SP
1. Vizepräsident/in	Baumgartner Yves	Parkweg 19	SVP
2. Vizepräsident/in	Wenger Bernhard	Hofmatt 14	EVP
Stimmenzähler/in	Stettler Kurt	Radiostrasse 37	SVP
Stimmenzähler/in	Schneider Manfred	Tannenweg 10	SP

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Verantw. Behördenkontrolle (zum Vollzug: Wahlanzeige verfassen, Behördenkontrolle und Website per 1.1.2023 anpassen, Listen anpassen, Axioma: Vorlagen GGR Protokoll anpassen)

Beilagen

--

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 10 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 19. Dezember 2022, in Kraft.

1.237 Wahlen durch Grosser Gemeinderat

**Vorstand Musikschule Münchenbuchsee; Nachfolgeregelung
Beatrice Schneider-Hebeisen (SVP); Wahl**

LNR 6964
BNR 70

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Ansprechpartner Verwaltung: Olivier Gerig; Gemeindeschreiber

Bericht

Mit Mail vom 12.09.2022 demissioniert Beatrice Schneider-Hebeisen (SVP) per Ende 2022 aus dem GGR und damit auch aus dem Vorstand der Musikschule Münchenbuchsee, da dieses Mandat an die Mitgliedschaft im GGR gebunden ist.

Die SVP nominiert Fredi Witschi für den Vorstand der Musikschule bis Ende Legislatur 2021-2024.

Finanzielles

Das Geschäft hat keine direkten finanziellen Auswirkungen.

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		Statuten der Musikschule Münchenbuchsee	Art. 12
Zuständigkeit	GGR	Statuten der Musikschule Münchenbuchsee	Art. 12
Finanzkompetenz		-	-
Verfahren		-	-

Antrag

1. Der GGR wählt Fredi Witschi, SVP, per 01.01.2023 in den Vorstand der Musikschule bis Ende Legislatur 2021 - 2024.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Der GGR wählt Fredi Witschi, SVP, per 01.01.2023 in den Vorstand der Musikschule bis Ende Legislatur 2021 - 2024.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Verantw. Behördenkontrolle (zum Vollzug: Wahlanzeige verfassen, Behördenkontrolle und Website anpassen, Listen anpassen)

Beilagen

1. --

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 10 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 19. Dezember 2022, in Kraft.

1.503.2 Finanzkommission

Finanzkommission (FIKO); Nachfolgeregelung Thomas Hammerich (SVP); Wahl

LNR 7399

BNR 71

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Ansprechpartner Verwaltung: Olivier Gerig; Gemeindeschreiber

Bericht

Mit Mail vom 12.09.2022 demissioniert Thomas Hammerich (SVP) per Ende 2022 aus der Finanzkommission. Als Nachfolge für die Finanzkommission nominiert die SVP Kurt Stettler, Radiostrasse 37.

Finanzielles

Das Geschäft hat keinen direkten finanziellen Auswirkungen.

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		OgR KoR	Art. 26 / 39 Art. 1ff
Zuständigkeit	GGR	OgR	Art. 26
Finanzkompetenz		-	-
Verfahren		-	-

Antrag

1. Kurt Stettler wird per 01.01.2023 als Mitglied in die Finanzkommission gewählt.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Kurt Stettler wird per 01.01.2023 als Mitglied in die Finanzkommission gewählt.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Verantw. Behördenkontrolle (zum Vollzug: Wahlanzeige verfassen, Behördenkontrolle und Website anpassen, Listen anpassen, Axioma anpassen)

Beilagen

--

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 10 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 19. Dezember 2022, in Kraft.

1.503.5 Geschäftsprüfungskommission

Geschäftsprüfungskommission (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium für die Jahre 2023 und 2024

LNR 7400
BNR 72

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Ansprechpartner Verwaltung: Olivier A. Gerig; Gemeindeschreiber

Bericht

Der Grosse Gemeinderat wählt alle zwei Jahre das Präsidium und das Vizepräsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) neu. Die vorzunehmenden Wahlen gelten bis Ende 2024.

Als Präsidentin für die zweite Legislaturhälfte (2023/2024) zur Verfügung stellt sich die bisherige Vizepräsidentin Claudia Kammermann (SVP).

Als Vizepräsident für die zweite Legislaturhälfte (2023/2024) zur Verfügung stellt sich das bisherige Mitglied Bernhard Wenger (EVP).

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		OgR	Art. 26.1.c
Zuständigkeit	GGR	OgR	Art. 26.1.c
Finanzkompetenz		-	-
Verfahren		-	-

Antrag

1. Claudia Kammermann, SVP, wird per 01.01.2023 und bis am 31.12.2024 als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission gewählt.
2. Bernhard Wenger, EVP, wird per 01.01.2023 und bis am 31.12.2024 als Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Claudia Kammermann, SVP, wird per 01.01.2023 und bis am 31.12.2024 als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission gewählt.
2. Bernhard Wenger, EVP, wird per 01.01.2023 und bis am 31.12.2024 als Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Verantw. Behördenkontrolle (zum Vollzug: Wahlanzeige, Nachführen Behördenkontrolle und Website, Axioma: Vorlagen GPK anpassen)
2. Präsidialabteilung, Sekretariat GPK (zur Kenntnis)

Beilagen

1. --

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 10 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 19. Dezember 2022, in Kraft.

Totalrevision Schulreglement; Behandlung und Postulat André Quaile, SVP; Aufgaben und Kompetenzen der Bildungskommission BIKO; Abschreibung

Zuständig für das Geschäft: Patrick Imhof; Departementsvorsteher Bildung

Ansprechpartner Verwaltung: Michael Reber; Leiter Bildung / Gesamtschulleiter

Bericht

Ausgangslage:

Das Schulreglement der Gemeinde Münchenbuchsee wurde 2011 durch den Grossen Gemeinderat verabschiedet. Dem Entscheid vorausgegangen war eine Teilrevision des Volksschulgesetzes (BSG 432.210 VSG), REVOS 08, auf kantonaler Ebene. Im neuen Schulreglement wurden die Zuständigkeiten angepasst und insbesondere die früheren Schulkommissionen nach Stufen zu einer einzigen Kommission zusammengefasst (Bildungskommission). 2012 und 2020 wurde das VSG erneut revidiert (REVOS 12 und REVOS 2020).

Auf Ebene Gemeinde wurden Änderungen in der Schul- und Leitungsstruktur 2015 im Schulreglement angepasst – insbesondere wurden die Zusammenführung der Schuleinheiten und die Einführung einer Gesamtschulleitung verankert. Auf weiterführende Änderungen wurde im Hinblick auf eine Gesamtrevision verzichtet.

Aufgrund der im Vergleich zu anderen Gemeinden oder anderen Verordnungen umfangreichen Regelungsdichte hat der Gemeinderat in der Legislaturplanung 2017-2020 die Überprüfung des Schulreglements vorgesehen. Dabei sollen beispielsweise die Zuständigkeiten und insbesondere auch die derzeit 35 im Schulreglement verankerten Aufgaben der Bildungskommission (BIKO) überprüft werden. Die Zuständigkeiten der BIKO waren auch bereits Thema des GGR (vgl. „Postulat André Quaile, SVP; Aufgaben und Kompetenzen der Bildungskommission BIKO“).

Im Laufe der Arbeiten wurde ersichtlich, dass im gleichen Zuge auch das Reglement über die Tagesschule Münchenbuchsee in die Arbeiten einzubeziehen ist.

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung und angesichts der zunehmenden Verflechtung von Schule und Tagesschule wird darum die Zusammenfassung der beiden Reglemente in ein einziges Bildungsreglement vorgeschlagen.

Im Fokus der aktuellen Gesamtrevision stehen folgende Ziele:

- Zusammenführung der Organisationseinheiten (Bildungsreglement, Tagesschulreglement)
- Reduktion der Regelungsdichte auf Ebene Reglement (z.B. Verzicht auf die Duplizierung übergeordneten Rechts)
- Erstellung einer einzigen Bildungsverordnung. Die Verordnungen im Bildungsbereich sollen zusammengeführt werden.
- Überprüfung und Zuweisung der Aufgaben und der Verantwortlichkeiten (Notwendigkeit, klare Zuweisung zu geeigneter Funktionsebene), dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der finanziellen Kompetenzen und der neu geschaffenen Stelle Leitung Bildung.
- Letztere Funktion soll neu mit „Leitung Bildung“ bezeichnet werden. In der Praxis hat sich die Verwendung der Doppelfunktion Leitung Bildung/Gesamtschulleitung als umständlich und für die Anspruchsgruppen als wenig verständlich erwiesen.

Die Übersicht über die alte und neue kommunale Erlasshierarchie (Systematik):

Aktuell		Neu (Vorschlag)	
Reglemente (Kompetenz GGR)	Verordnungen und Weisungen (Kompetenz GR)	Reglemente (Kompetenz GGR)	Verordnungen und Weisungen (Kompetenz GR)
Organisationsreglement OgR (Kompetenz Stimmbolk)	Schulzahnpflegeverordnung	Organisationsreglement OgR (Kompetenz Stimmbolk)	Neu Teil der Bildungsverordnung
Kommissionenreglement KoR	Verordnung über den freiwilligen Schulsport	Kommissionenreglement KoR	Aufhebung Verordnung über den freiwilligen Schulsport
Schulreglement		Bildungsreglement (neu)	Bildungsverordnung (neu)
Reglement über die Tagesschule Münchenbuchsee TSM	Verordnung über den Schulfonds der Sekundarstufe I	Aufhebung	Neu Teil der Bildungsverordnung
	Verordnung über die Einteilung der Schülerinnen und	Aufhebung	Neu Teil der Bildungsverordnung

	Schüler auf die Kindergärten oder Schulen und die Rück-erstattung der Fahrkosten		
	Verordnung über die Finanzierung Exkursionen, Kindergarten- und Schulreisen, besonderen Schul- und Projekt-wochen	Aufhebung	Neu Teil der Bildungsverordnung

Übergeordnet werden die Leitplanken des kommunalen Handelns durch die Bundesverfassung (Grundschulrecht, Unentgeltlichkeit) und kantonale Erlasse (z.B VSG, LAG) gegeben.

Nachgelagert an die Gemeindereglemente, -verordnungen und -weisungen finden sich Erlasse der Bildungskommission und der Schule (Weisungen, Konzepte und Ordnungen).

Im Bereich des Organisationsreglement und des Kommissionenreglements werden keine grundlegenden Änderungen vorgeschlagen. Angesichts der Grösse der Schule Münchenbuchsee mit rund 190 Angestellten sowie den rund 1100 Schülerinnen und Schülern mit ihren Erziehungsberechtigten ist aus Sicht des Gemeinderates und der Bildungskommission die weitere Führung einer ständigen Kommission absolut gerechtfertigt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit der Kompetenzen und Zuständigkeiten ist es sinnvoll, im Kommissionenreglement beim Stichwort „Bildungskommission“ keine weiteren Ergänzungen vorzunehmen und lediglich neu auf das „Bildungsreglement“ anstelle des „Schulreglements“ zu verweisen. Hierzu ist eine begriffliche Anpassung des Artikels 25 des Kommissionenreglements notwendig.

Alle Verordnungen der Bildung werden neu in einer Verordnung (Bildungsverordnung) zusammengesetzt.

Finanzielles

Das Geschäft hat keine finanziellen Auswirkungen.

Weitere Kommissionen

Die folgenden weiteren Kommissionen haben sich mit dem Geschäft auseinandergesetzt und geben eine Empfehlung ab:

X	Kommission	Datum	Beschluss
X	Bildungskommission (BIKO)	08.04.2022 01.06.2022	Lesung Lesung und Freigabe GR
	Hochbaukommission (HBK)		
	Kommission für Umweltfragen (KOFU)		
	Kommission für soziale Fragen (KOSOF)		
	Planungskommission (PLAKO)		
	Sicherheitskommission (SIKO)		
	Tiefbaukommission (TBK)		
	Wahl- und Abstimmungskommission (WAKO)		
	Weitere Spezialkommissionen		

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		Volksschulgesetz und -Verordnung	integral
Zuständigkeit	GGR	OgR	Art. 29
Finanzkompetenz		--	
Verfahren		--	

Antrag

1. Der Grosse Gemeinderat genehmigt die Totalrevision des Schulreglements vom 01.08.2011 und verabschiedet das neue Bildungsreglement. Er setzt dieses per 01.04.2023 in Kraft.
2. Der Grosse Gemeinderat hebt folgende Erlasse per 01.04.2023 auf: Tageschulreglement vom 01.08.2011
3. Das Postulat Quaille SVP; Aufgaben und Kompetenzen der Bildungskommission BIKO, ist erledigt und wird abgeschrieben.

Eintretensdebatte

Irene Hügli, GPK-Sprecherin. Als Berater sind uns Rede und Antwort gestanden: Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung und Michael Reber, Abteilungsleiter Bildung.

- Am 9. November 2022 hat eine Informationsveranstaltung zum neuen Bildungsreglement stattgefunden: Dazu sind alle Parteipräsidien und Fraktionspräsidien eingeladen worden. Redaktionelle Anmerkungen wurden bereits an diesem Abend eingebracht.
- Als Input an die Verwaltung möchten wir sagen, dass es für ein anderes Mal gut wäre, das GPK-Präsidium jeweils auch an solche Veranstaltungen einzuladen. So können Wissenslücken vermieden werden.
- Es ist ungewöhnlich, dass eine Verordnung zu diesem Zeitpunkt bereits als Entwurf vorliegt. Für das Verständnis des Reglements war dies hilfreich.
- Ergänzende Dokumente, Weisungen, Konzepte werden sprachlich nach und nach angepasst.
- Die Inkraftsetzung auf 1. April 2023 ist der schnellstmögliche Termin, falls noch Beschwerdefristen berücksichtigt werden müssen.
- Die redundanten Texte im Reglement sollten vermieden werden und deshalb ist es stark gekürzt worden.
- Die Aufgabenliste der BIKO ist im Reglement nun kürzer. Die 35 Aufgaben sind anders verteilt worden oder aufgrund von Redundanzen aufgelöst, bzw. in andere Artikel verschoben worden.

Die GPK hat das Geschäft geprüft und ist der Meinung, dass der Bericht und Antrag – mit den Ergänzungen des GPK-Sprechenden – korrekt und vollständig dargestellt ist und damit genügend Informationen für eine Verabschiedung durch den GGR vorliegen.

Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung. Die Verordnung ist Beilage dieses Geschäftes. Sie wurde einer ersten Lesung unterzogen, es ist noch nicht alles sprachlich bereinigt. Es ging aber darum, dass der Grosse Gemeinderat über den Inhalt in Kenntnis gesetzt wurde und Transparenz zu schaffen, weil wir eine starke Änderung des Schulreglements vornehmen. Dieses wird ja bekanntlich Bildungsreglement heissen. Wir haben elf Jahre Erfahrung mit beiden Reglementen gesammelt und ich denke, wir haben einen Modus gefunden, wie wir in der Schule und Tagesschule anwenden können. Wir wissen, dass die beiden Bereiche immer stärker verwoben werden und darum macht es auch Sinn, dass wir nicht mehr zwei verschiedene Reglemente haben, sondern ein gemeinsames Bildungsreglement, welches alles abdeckt. Indem dass wir die Verordnung beigelegt haben, wollen wir nicht eine Präzedenz schaffen, dass es zukünftig immer so sein wird. Im Normalfall werden sie erst nachher erstellt, denn sie sind auch abhängig vom Entscheid. In diesem Fall haben wir es aus Transparenzgründen gemacht. Der Gemeinderat hat sich entschieden, dass dies Sinn macht. Ich betone aber, es wird zukünftig nicht immer so sein.

Therese Rohrer, EVP-Fraktion. Im Namen der EVP-Fraktion bedanke ich mich herzlich für die Erarbeitung des neuen Bildungsreglements.

Es steckt viel Arbeit dahinter und war bestimmt nicht einfach, aus einigen alten Reglementen ein neues, einheitliches zu generieren.

Unserer Meinung nach ist es der Verwaltung und dem Leiter Bildung Michael Reber sehr gut gelungen, ein zeitgemässes und zielführendes Bildungsreglement zu erstellen. Dafür sind wir allen Beteiligten dankbar. Wir haben es geschätzt, dass am Informationsanlass noch einige offene Fragen geklärt wurden und Anregungen deponiert werden konnten. Wir sind der Meinung, dass die Zusammenführung der Verordnungen im Bildungsbereich sinnvoll ist. Auch können Verantwortlichkeiten übersichtlicher gestaltet werden.

Wir stimmen für das neue Bildungsreglement.

Beat Schüpbach GFL-Fraktion. Nach dem neuen Baureglement soll unsere Gemeinde nun auch ein neues, revidiertes Bildungsreglement mit entsprechender Verordnung bekommen. Wie bei einer OPR hat aber auch hier die Gemeinde nur beschränkte Kompetenzen, gibt doch der Kanton in vielen Punkten die Leitlinien vor. Es ändert sich also durch das neue Regelwerk nichts Grundlegendes. Die alten Reglemente und Verordnungen der Gemeinde – es waren ja mehrere - entsprachen zum Teil nicht mehr der gängigen Praxis, waren zu umfangreich und zu kompliziert. Die GFL begrüsst deshalb diese Gesamtrevision, insbesondere auch die Zusammenführung mit dem Reglement der Tagesschule. So wird letztere nun auch auf dem Papier integrierter Teil des Schulwesens. Uns gefällt auch, dass sich der neue Text - in einer Zeit, in der alles immer komplexer und unübersichtlicher wird – um Einfachheit und Klarheit bemüht und um einiges kürzer ist. Dass die Aufgaben der Biko beschränkt wurden, scheint uns sinnvoll. Ebenso, dass nicht mehr alles bis ins Detail ausformuliert ist.

Mit der Gesamtrevision soll die Wahl des Schulmodells vom GGR zum GR verschoben werden. Wir unterstützen diese Verschiebung, denn wir finden es nicht gut, wenn der GGR hier ins operative Geschäft der Schule eingreifen kann.

Kurz und gut: Die GFL steht hinter dem neuen Reglement und der Verordnung und wird keine Anträge auf Veränderungen oder Ergänzungen stellen. Wir danken allen Beteiligten für den grossen Einsatz bei der Erarbeitung dieses Reglements.

Andreas Brunner, SVP-Fraktion. Bedanken möchten wir uns für den organisierten Infoanlass vom 9. November 2022, dass bereits eine erste Version einer Verordnung dem Geschäft beigelegt wurde und dass die verschiedenen Verordnungen neu zu einer Bildungsverordnung zusammengeführt werden sollen.

Der Postulant bedankt sich für die Beantwortung seines am 23. Mai 2019 eingereichten Postulats. Er hätte sich aber über eine raschere Antwort gefreut. Immerhin sind seither über drei Jahre vergangen und die Überarbeitung des Schulreglements hätte gemäss Planung bereits in der letzten Legislatur erfolgen sollen.

Die Totalrevision des Schulreglements entspricht im Grossen und Ganzen dem Prüfungsauftrag. Da auch im OgR (Organisationsreglement) und dem KOR (Kommissionsreglement) keine grundlegenden Änderungen vorgesehen sind, kann das Postulat als erledigt betrachtet und abgeschrieben werden.

Das ausgearbeitete Reglement und die Verschlinkung empfinden wir als richtig. Die Aufgaben der Bildungskommission sind nun realistisch und auch wenn bestimmte Aufgabenpunkte aus dem Reglement verschwunden sind, hat die BIKO unter dem Artikel 11 a (übt die Aufsicht über die Schule und die Tagesschule aus) und b (legt die strategische Ausrichtung der Schule fest) weiterhin die Möglichkeit in diversen Bildungsthemen Einfluss zu nehmen. Sei das nun bezüglich Schulraumplanung, Leitbild, Ferien- oder Unterrichtszeiten, und vieles mehr.

Pädagogische Themen wie beispielsweise das Führen von Mischklassen in den Realklassen, gehören definitiv nicht in ein Reglement. Wir sind erfreut, dass auch dieser Teil aus dem Reglement verschwunden ist.

Zur Verordnung möchten wir dem Gemeinderat anregen, die Gelegenheit zu nutzen und die Artikel 2. Absatz 2, Einteilungskriterien und Artikel 5, Rückerstattung der Fahrkosten, zu überdenken, ob diese Richtlinien weiterhin für Münchenbuchsee, die Richtigen sind.

Die SVP-Fraktion wird den drei Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Christian Stähli, SP-Fraktion. Bildung und Gesellschaft sind im Wandel. Neue Unterrichtsformen, neue Lehrmittel, neue Erkenntnisse fordern, dass Strukturen gelegentlich überprüft, überdenkt und überarbeitet werden. Wie wir mit der uns vorliegenden «Totalrevision Schulreglement» sehen, passiert das auch in unserer Gemeinde. Das ist gut so.

Kurz vor dem pandemiebedingten Stillstand durfte im Kirchgemeindehaus das 10-jährige Jubiläum der Tagesschule gefeiert werden. In den vergangenen mehr als zehn Jahren hat sich dieses Angebot der Tagesschule dermassen etabliert, dass mehrfach ausgebaut und umgezogen werden musste. Die Tagesschule ist aus der Bildungslandschaft nicht mehr wegzudenken. Mit den gemachten Erfahrungen ist es nun sinnvoll, das damals separat erstellte «Reglement über die Tagesschule» in das Schulreglement zu überführen, zu überarbeiten und daraus das verschlankte, uns vorliegende neue «Bildungsreglement der Gemeinde Münchenbuchsee» zu schaffen.

Dies ist erfolgt. Den im Postulat von André Quailé formulierten Anliegen und Ziele konnte entsprochen werden. Aus der im Postulat erwähnten Funktion der «geschäftsführenden Schulleitung» ist unterdessen die «Leitung Bildung» entstanden. Diese neu benannte Funktion als Bindeglied zwischen Gemeinde und Schule trägt der Schulstruktur unserer Gemeinde, wie auch der Professionalisierung im Bildungswesen Rechnung. Das uns vorliegende «Bildungsreglement» schafft die Voraussetzungen, dass die Leitung Bildung, die Schulleitungen und die Lehrpersonen handeln, entscheiden und arbeiten können. Bei Anliegen zur Bildung sind sie unsere Profis. Sie sind up-to-date, kennen sich aus und wissen, was sie tun. Sie werden auch wissen, wie unsere Schulhäuser gebaut werden müssen. Es ist ratsam, auf ihre Inputs zu hören. Sie können auch ermessen, welches Schulmodell den Bedürfnissen unserer Gemeinde am Besten Rechnung trägt. Das uns vorliegende «Bildungsreglement» schafft auch hier die Voraussetzung, dass diese Entscheidung von Fachleuten getroffen werden wird.

Einen Antrag möchten wir jedoch stellen: Bei den im «Bildungsreglement» in Art. 1f genannten «weiteren Bildungseinrichtungen» handelt es sich unseres Erachtens um «weitere Bildungsangebote»: Diese Bezeichnung ist

auf Seite 4 vor Art. 20 so schon im Titel festgehalten. Somit stellen wir den Antrag, dass in Art. 1 f, in Art. 3 und im Titel vor Art. 20 jeweils von «weiteren Bildungsangeboten» gesprochen wird.

Wir von der SP-Fraktion sind mit der geleisteten Arbeit zufrieden, danken allen Beteiligten für die Bemühungen, möchten an dieser Stelle den vorhin erwähnten Antrag stellen, um auf das Postulat einzutreten und es als erfüllt anzunehmen.

Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung. Ich möchte eine Rückmeldung geben, warum wir erst heute mit diesem Geschäft kommen, weil es effektiv in der letzten Legislaturplanung enthalten war. Ihr habt alle mitbekommen, dass die Stabilität nach der Reorganisation noch nicht so vorhanden war, dass wir das Schulreglement in Angriff nehmen konnten. Kurz bevor ich das Departement Bildung übernommen habe, hat mein Vorgänger Pascal Lerch die Änderungen mit der geschäftsführenden Schulleitung eingeführt. Als wir dann in der jetzigen Legislatur so aufgestellt waren, dass wir es bewältigen konnten, gab es andere Sachen zu erledigen. Inhaltlich hat sich eigentlich nichts geändert, an dem, was wir machen wollten. Ansonsten möchte ich mich für die gehörten Voten und die Wertschätzung gegenüber der Verwaltung, bedanken. Insbesondere an Michael Reber, welcher sich auch dank seiner Vernetzung mit den anderen Gemeinden, was Sinn macht, ajour halten konnte.

Eintreten

Das Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Bericht

Keine Wortmeldung

Bildungsreglement (inkl. altes Schul- und Tagesschulreglement)

Antrag SP

Bei den im «Bildungsreglement» in Art. 1f genannten «weiteren Bildungseinrichtungen» handelt es sich unseres Erachtens um «weitere Bildungsangebote»: Diese Bezeichnung ist auf Seite 4 vor Art. 20 so schon im Titel festgehalten. Somit stellen wir den Antrag, dass in Art. 1 f, in Art. 3 und im Titel vor Art. 20 jeweils von «weiteren Bildungsangeboten» gesprochen wird.

Christian Stähli, SP-Fraktion. Wir haben uns für diese Formulierung entschieden, weil, wie gesagt wurde, dies schon auf Seite 4 so vorhanden ist und man damit die Verbindung zur Aufstellung in Art. 1 f hat. Man schafft so mit dem Aufnehmen von gleichen Bezeichnungen eine Klarheit.

Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung. Der Gemeinderat muss sich besprechen. Wir möchten einen kurzen Sitzungsbruch.

Luzi Bergamin Poncet, GGR-Präsident. Wir müssen nicht darüber abstimmen. Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

Pause: 19.45 bis 19.50 Uhr

Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung. Wir haben intensiv über diese Frage resp. diesen Antrag diskutiert. Der Gemeinderat ist der Ansicht, es so zu belassen, weil wir unter «Bildungseinrichtungen» eher etwas Institutionelles verstehen. Ihr seht im Art. 3, dass nach Volksschulgesetz eine Umsetzung erfolgen muss und das Volksschulgesetz kann nicht beliebig auf irgendwelche Bildungsangebote Bezug nehmen. Wir regeln also in diesem Reglement «Bildungseinrichtungen». Dazu hat die Gemeinde ein «Bildungsangebot», welches sie zusätzlich zur Verfügung stellt, aber nicht institutionell sein muss, wie z.B. das Sportangebot.

Christian Stähli, SP-Fraktion. Wir verstehen diese Erklärung und ziehen den Antrag zurück.

Bildungsverordnung (Entwurf)
Keine Wortmeldung

Postulat André Quaile, SVP; Aufgaben und Kompetenzen BIKO (Vertretung: Andreas Brunner)
Wortmeldung ist durch Andreas Brunner erfolgt.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen folgenden

Eröffnung

1. Bildung (zum Vollzug)
2. Präsidialabteilung, GSStv (zum Vollzug: Publikation, Nachführen Erlasssammlung, Webseite)
3. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Nachführen Register «Parlament»)

Beilagen

1. Bildungsreglement (neu)
2. Schulreglement vom 01.08.2011 (alt)
3. Tagesschulreglement vom 01.08.2011 (alt)
4. Entwurf Bildungsverordnung
5. Postulat von André Quaile

Das Geschäft unterliegt gemäss Art. 29 Organisationsreglement der Gemeinde Münchenbuchsee dem fakultativen Referendum.

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 9. Januar 2023, in Kraft.

25.300 Elektrizitätsversorgung

LNR 8098

Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung, Behandlung

BNR 74

Zuständig für das Geschäft: Peter Stucki, Departementsvorsteher Finanzen

Ansprechpartner Verwaltung: Thomas Sitter, Abteilungsleiter Finanzen

Bericht

Das Gemeindegebiet Münchenbuchsee wird von zwei Energieversorgungsunternehmen (EVU) mit Strom versorgt. Im Gebiet der Allmend und des Ortsteils Diemerswil ist dies die BKW Energie AG, Bern.

Im übrigen Gebiet ist dies die Energie Münchenbuchsee AG (EMAG).

Mit beiden Unternehmen bestehen Verträge, welche unter anderem die Konzessionsabgabe (Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes) regeln.

Diese Konzessionsabgabe wird nicht vom Energieversorgungsunternehmen (EVU) bezahlt. Diese Abgabe wird den Endverbraucher durch das EVU in Rechnung gestellt. Dies ist auf der Rechnung unter der Bezeichnung «Abgabe und Leistungen an das Gemeinwesen» ersichtlich.

Die Abgaben betragen aktuell:

- Allmend (BKW AG) 1.5 Rp./kWh
- Ortsteil Diemerswil (BKW AG) 1.5 Rp./kWh
- Münchenbuchsee (EMAG AG) 1.2 Rp./kWh.

Die Unterschiedlichen Ansätze (Allmend – Münchenbuchsee) sind darauf zurückzuführen, dass der aktuelle Vertrag mit der BKW AG aus dem Jahr 2004 stammt. Der Vertrag mit der EMAG AG wurde erst im Jahr 2015 (infolge der Auslagerung der Elektrizität per 01.01.2016 an die EMAG) unterzeichnet. Es ist vorgesehen, dass ab dem Jahr 2024 ein einheitlicher Ansatz von 1.2 Rp./kWh für das gesamte Gemeindegebiet von Münchenbuchsee gültig ist.

Folgende Erträge (exkl. Ortsteil Diemerswil) aus dieser Konzession konnten in den letzten Jahren vereinnahmt werden:

	<u>BKW (Elektrizität)</u>		<u>EMAG (Elektrizität)</u>	
Jahr 2016	CHF	13'700.00	CHF	499'932.13
Jahr 2017	CHF	13'769.00	CHF	491'416.28
Jahr 2018	CHF	12'702.00	CHF	435'460.25
Jahr 2019	CHF	13'619.00	CHF	471'063.85
Jahr 2020	CHF	13'341.00	CHF	477'060.70
Jahr 2021	CHF	14'285.00	CHF	458'636.35

Diese Erträge fliessen in die Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushaltes. Sie sind nicht zweckgebunden.

Im Jahr 2018 hat das Bundesgericht (2C_399/2017) einen Entscheid gefällt, welcher Folgen auf die bestehenden Konzessionsverträge hat. Damit die Energieversorgungsunternehmen (EVU) auch in Zukunft (ab 01.01.2024) die Konzessionsabgabe auf die Endverbraucher überwälzen können, bedarf es einer rechtlichen Grundlage. Diese rechtliche Grundlage wird mit dem «Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung» geschaffen.

Der Gemeinderat Münchenbuchsee erachtet es als wichtig, dass diese Konzessionsabgabe auch in Zukunft vereinnahmt werden kann. Handelt es sich doch um einen nicht unwesentlichen, jährlich wiederkehrenden Ertrag.

Grundlage für das «Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung» bildet die Mustervorlage des Verbandes Bernischer Gemeinden. Viele Gemeinden haben auf dieser Basis bereits ihre Reglemente verabschiedet.

Im vorliegenden Reglement sind keine zusätzlichen oder auch keine höheren Gebühren als bisher vorgesehen. Der maximale Ansatz von 1.5 Rp./kWh und auch der maximale Betrag von CHF 300.00 pro Zähler entspricht den bereits heute gültigen Ansätzen. Der Gemeinderat sieht keine Veranlassung, auch auf Grund der aktuellen Stromversorgungslage und der aktuellen hohen Strompreise, diese Ansätze anzuheben. Im Gegenteil, für die Allmend und den Ortsteil Diemerswil werden die Ansätze ab dem Jahr 2024 sinken.

Stimmt der Grosse Gemeinderat dem vorliegenden Reglement zu, wird der Gemeinderat im Anschluss mit den beiden Energieversorgungsunternehmen (EVU) neue Konzessionsverträge abschliessen.

Finanzkommission

Die Finanzkommission hat dem Geschäft an der Sitzung vom 06. September 2022 zugestimmt.

Weitere Kommissionen

Zu diesem Geschäft wurden keine weiteren Kommissionen begrüsst.

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		Bundesgesetz über die Stromversorgung	Art. 12
Zuständigkeit	GGR	OgR	Art. 29
Finanzkompetenz		---	---
Verfahren		---	---

Antrag

1. Genehmigung des Reglements «Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung» mit Inkraftsetzung per 01.01.2023.

Eintretensdebatte

Bernhard Wenger, GPK-Sprecher. Als Berater standen uns Peter Stucki, Departementsvorsteher Finanzen und Thomas Sitter, Abteilungsleiter Finanzen zur Verfügung.

Die Erstellung des Reglements wird aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides nötig. Ohne Reglement können keine Konzessionsabgaben erhoben werden.

- Der Bundesgerichtsentscheid von 2018: Es wurde auf das Reglement des Verbandes Bernischer Gemeinden gewartet und die Frist für die Erstellung läuft bis 01.01.2024.
- Die 30mal höheren Erträge von Münchenbuchsee gegenüber der Allmend liegen vor, wegen der 601 Anschlüsse in der Allmend gegenüber 6'150 Anschlüssen insgesamt. Bei den Anschlüssen zählen nicht nur Häuser und Haushalte sondern auch sämtliche Strassenlaternen etc. dazu.
- Alle Anschlüsse in der Allmend sind Eigentum der BKW. Die Anschlüsse Münchenbuchsee waren bereits vorher im Eigentum der Einwohnergemeinde und wurden an die EMAG abgetreten.
- Ziel ist es, alle Einwohner zukünftig gleich behandeln zu können.

Die GPK hat das Geschäft geprüft und ist der Meinung, dass der Bericht und Antrag – mit den Ergänzungen des GPK-Sprechenden – korrekt und vollständig dargestellt ist und damit genügend Informationen für eine Verabschiedung durch den GGR vorliegen.

Manuel Kast, SP-Fraktion. Gemäss Bundesgerichtsentscheid ist dieses Reglement zwingend notwendig. Wir von der SP-Fraktion haben das Reglement studiert und diskutiert. Wir sind der Meinung, dass die Abgabenhöhe, so wie sie im Reglement begrenzt ist, korrekt festgelegt ist und auch die Zuweisung in den Allgemeinen Haushalt kommt unseren Gemeindefinanzen am einfachsten zugute. Übrigens in Zollikofen wurde dieses Reglement heiss diskutiert und schlussendlich sogar zurückgewiesen. Erst mit dem zweiten Anlauf wurde es vom GGR akzeptiert. Wir werden das Geschäft nicht zurückweisen, aber drei Anträge stellen und diese führen noch zu zwei Folgeanträgen. Aber keine Angst, es wird nicht so kompliziert und diese Anträge habe ich im Voraus der Sitzung ja bereits allen Fraktionspräsidien per Mail kommuniziert, somit ist das auch keine Überraschung. Ich werde die Anträge in der Detailberatung vertreten und den Hintergrund erklären. Ausser beim ersten Antrag lohnt es sich nicht nochmal aufzustehen. Wir beantragen, dass überall im Reglement wo «unter Anhang» steht «im Anhang» geschrieben wird.

Thomas Hammerich, SVP-Fraktion. Die SVP-Fraktion verdankt die geleistete Arbeit zur Erstellung des vorliegenden Reglements.

Aufgrund eines Bundesgerichtsbeschlusses aus dem Jahr 2018 ist die heute gängige Praxis zur Überwälzung der Konzessionsabgaben der Energieversorgungsunternehmen auf den Endverbraucher nicht mehr opportun und muss bei einer Weiterführung ab 01.01.2024 auf einer rechtlichen Grundlage abgestützt werden.

Damit diese für die Gemeinde Münchenbuchsee nicht unerhebliche, zusätzliche Steuereinnahme in der Höhe von durchschnittlich 460'000 CHF zugunsten des allgemeinen Haushalts auch zukünftig anfällt, muss das vorliegende Reglement als rechtliche Grundlage für die Weiterführung dieser Praxis in Kraft gesetzt werden.

Die SVP ist grossmehrheitlich für Annahme.

Eintreten

Das Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Bericht

Keine Wortmeldung

Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung

Antrag SP; ganzes Reglement

«im Anhang» statt «unter Anhang» schreiben.

Beschluss: Der Antrag der SP wird genehmigt.

Antrag SP; Art. 2.1

«... für die Versorgung mit elektrischer Energie in Anspruch ...»

Manuel Kast, SP-Fraktion. Mir ist bewusst, dass es sich um das Reglement der Konzessionsabgabe Stromversorgung handelt. Im Artikel 2 wird dann aber den im Anhang aufgeführten Energieversorgungsunternehmen ein ausschliessliches Recht zur Nutzung des Öffentlichen Grunds für die Energieversorgung zugeschanzt. Energie ist aber nicht das gleiche wie Strom. Energie schliesst für mich auch die Verteilung von Wärme mit einem Wärmeverbund ein. Darum möchte ich diesen Absatz um das Wort «elektrischer» ergänzen. Damit wird sichergestellt, dass wir nie über Rechte diskutieren müssen, wenn ein anderes EW den Öffentlichen Grund für die Verteilung von thermischer Energie nutzen möchte.

Beschluss: Der Antrag der SP wird genehmigt.

Antrag SP; Art. 3.5 (Neu)

«Die Konzessionsabgabe ist auf dem gesamten Gemeindegebiet einheitlich zu gestalten.»

Manuel Kast, SP-Fraktion. Wir stellen den Antrag dort einen Absatz 5 zu ergänzen. Dieser hat den Wortlaut: «Die Konzessionsabgabe ist auf dem gesamten Gemeindegebiet einheitlich zu gestalten.»

Wir haben alle die Argumentation des Gemeinderats gelesen, warum aktuell unterschiedliche Abgaben erhoben werden. Ebenfalls wird vom Gemeinderat versprochen, dass die Abgaben vereinheitlicht werden sollen. Wir finden dieses Bestreben richtig und möchten den Grundsatz der gleichen Ansätze auch im Reglement niederschreiben.

Jetzt möchte ich gleich vorgreifen auf die nachfolgenden zwei Anträge. Wenn wir diesen Antrag annehmen, dann müssen wir das Datum für die Inkraftsetzung schieben. Weil aktuell haben wir ja noch unterschiedliche Ansätze, je nach Gemeindegebiet. Wenn wir das Reglement also schon auf 01.01.23 in Kraft setzen, widerspricht das Reglement den laufenden Verträgen.

Wir beantragen also, dass das Reglement erst auf den 01.01.24 in Kraft gesetzt wird. Damit hat der Gemeinderat ein Jahr Zeit um die neuen Verträge zu machen. Negative Auswirkungen hat dieses Vorgehen nicht, gemäss Bundesgerichtsentscheid kann die Gemeinde nächstes Jahr die Konzessionsabgaben noch erheben ohne Reglement.

Beschluss: Der Antrag der SP wird genehmigt.

Antrag SP (logische Folge zu vorherigem Antrag)

Genehmigung des Reglements «Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung» mit Inkraftsetzung per 01.01.202~~3~~⁴.

Beschluss: Der Antrag der SP wird genehmigt.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 33 Ja-, zu 0 Nein-Stimmen und mit 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss

1. Genehmigung des Reglements «Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung» mit Inkraftsetzung per 01.01.2024.

Eröffnung

1. Finanzabteilung (zur Kenntnis / zum Vollzug)
2. GS Stv (zum Vollzug: Publikation)

Beilagen

1. Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 29 des Organisationsreglements vom 28. November 2010 dem fakultativen Referendum.

22.301.2 Gemeindehaus (Bernstrasse 12)

Gebäudehülle Sanierung Bernstrasse 12, Kreditgenehmigung

LNR 8060

BNR 75

Zuständig für das Geschäft: Eva Häberli Vogelsang, Departementsvorsteherin Hochbau

Ansprechpartner Verwaltung: Daniela Hirsiger, Höhere Sachbearbeiterin Hochbau

Bericht

Ausgangslage

Die seit 1865 erbaute Villa an der Bernstrasse 12 ist seit 1992 im Besitz der Einwohnergemeinde Münchenbuchsee. Sie dient aktuell als Büroräumlichkeiten für die Bauverwaltung. Die Villa ist im kantonalen Bauinventar als schützenswertes K-Objekt eingetragen und befindet sich im Ortsbildschutzgebiet der Einwohnergemeinde Münchenbuchsee. Das Gebäude ist eines unter zahlreichen bedeutenden Gebäuden für das Dorfbild von Münchenbuchsee.

An der Gebäudehülle wurden seit Jahrzehnten keine Reparaturarbeiten und Sanierungen vorgenommen. Dadurch ist unter anderem das Dach nicht mehr dicht und der Dachboden bei schlechtem Wetter nass. Die Fensterläden sind morsch und zerbrechen. Sie sind daher ein grosses Sicherheitsrisiko indem sie gefährdet sind herunterzufallen. Die Fenster sind ebenfalls in die Jahre gekommen und in einem schlechten Zustand. Dadurch geht viel Energie verloren. Die Sandsteinelemente, welche das Gebäude umgeben und die ebenfalls in Sandstein gefassten Fensterleibungen bröckeln. Die holzverzierte Laube und die gestalteten Dachabschlüsse verlieren ihre Farbe. Aus diesem Grund nimmt das Holz darunter Schaden. Je nach Witterung verzieht sich die massive Holzeingangstüre und lässt sich nur noch schlecht öffnen und abschliessen. Der Fassadenputz hat stellenweise Risse und hat zum Teil Abplatzungen. Die täglichen Emissionen des Verkehrs auf der Bernstrasse lassen sich auf der Fassade nieder und verfärben diese grau bis schwarz. Um tiefer- und weitergehende Schäden am Gebäude zu verhindern, soll die Fassade saniert werden.

Das Projekt

In einem ersten Schritt wurde ein Vorprojekt des Architektenbüros Haaf & Haemmig (Beilage 1) mittels Kostenschätzung +/- 15% erstellt. Das Vorprojekt bildet die Grundlage für die Ermittlung der genauen Kosten der Gebäudehülle Sanierung der Bernstrasse 12. Folgende Module sind geplant:

- energetische Dachsanierung durch Isolierung des Unterdaches, neuer Dachaufbau und neue Biberschwanzeindeckung
- auf zwei Dachseiten wird eine Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung installiert
- Restaurierung des Sandkalksteins, der Holzlaube und der Fassade in Absprache mit der Denkmalpflege
- Fensterersatz, durch Fenster mit erhöhter Dämmung. Ersatz der Fensterläden und der inneren Beschattung ebenfalls in Absprache mit der Denkmalpflege
- Ertüchtigung der massiven Haupteingangstür und der Tür zur Laube im 1. Stock

Die bestehenden Holzelemente an der Fassade wie die Holzverzierte Laube, Dachabschlüsse und Dachunterseiten sollen stellenweise ersetzt werden und einen neuen Anstrich erhalten. Der Fassadenputz muss abgeklopft und neu aufgebaut werden. Die bestehenden Sandsteinelemente wie die Fenstereinfassungen und die Fassadensockel benötigen Ausbesserungsarbeiten oder einen stellenweisen Ersatz der bestehenden Elemente. Die massive Holztür des Haupteingangs wird instand gestellt. Die Fensterläden werden durch neue, vom Denkmalpfleger genehmigte Läden, ersetzt. Für die innere Beschattung der Arbeitsplätze werden anstelle von Vorhängen neu Plissees die Arbeitsplätze beschatten. Die Fenster und das Dach werden erneuert und energetisch optimiert. Das Unterdach wird komplett isoliert und neu eingedeckt. Die Fassade kann nicht zusätzlich isoliert werden, da das Gebäude ein schützenswertes K-Objekt ist und die Fassade ihren Ursprung und Erscheinungsbild beibehalten muss.

Energie

Die Einwohnergemeinde Münchenbuchsee ist Energiestadt und bestrebt, Gebäude nach Möglichkeit sinnvoll zu sanieren. Aus diesem Grund wurden, zusammen mit der Denkmalpflege, verschiedene Möglichkeiten geprüft und abgesprochen. Um die Energieverluste zu vermindern ist geplant, dass beim Dach eine Wärmedämmung zwischen die Sparren, inkl. einer Dampfbremse eingebaut wird. Zusätzlich ist vorgesehen, auf den beiden Richtung Süden ausgerichteten Dachflächen, eine Photovoltaikanlage mit einer geplanten Jahresleistung von 17'400 kWh, als Indachlösung einzubauen. Diese Anlage liefert genug Strom um 55% des Jahresverbrauchs an Energie der ganzen Verwaltung zu generieren. Erzielt die Anlage an sonnigen Tagen mehr Strom als verbraucht wird, wird die überschüssige Energie ins Netz zurück gespiesen. Die energetische Unabhängigkeit wird in der Schweiz immer wichtiger, daher ist nun der Zeitpunkt da, auch die Gebäudehülle und das Dach der Bernstrasse 12 zu sanieren und das Beste aus diesem charakterstraken Haus hervorzubringen.

Weiter werden neue Holzfenster mit erhöhter Dämmwert eingebaut, um den Energieverlust zusätzlich zu vermindern. In den Innenräumen sind keine weiteren Massnahmen geplant, zumal das Gebäude im 2021 innen insbesondere neu gestrichen, Tapeten ersetzt und weitere kleinere Renovationen vorgenommen wurden. Die notwendigen Massnahmen zur Entfeuchtung des Kellers (Archiv Bauverwaltung) laufen in einem separaten Projekt, da gemäss Auflage des Regierungsstatthalters sämtliche Archive der Einwohnergemeinde auf Massnahmen betreffend zu hoher Luftfeuchtigkeit überprüft werden müssen.

Schliesslich ist vorgesehen, so rasch als möglich die beiden Verwaltungsgebäude dem Wärmeverbund Zentrum anzuschliessen. Dies wird jedoch als separates Projekt ausgeführt werden und bildet keinen Bestandteil der Gebäudehüllensanierung.

Die Einwohnergemeinde Münchenbuchsee soll als Vorbild und gutes Beispiel vorangehen und Gebäude sinnvoll energetisch und technisch sanieren. Dabei sollen die vorhandenen Ressourcen optimal und zielgerichtet eingesetzt werden.

Denkmalpflege

Das Gebäude der Bauverwaltung ist im Bauinventar als schützenswertes Gebäude eingestuft. Daher ist während den Bauarbeiten eine Begleitung der Denkmalpflege zwingend notwendig. Aus diesem Grund wurde die kantonale Denkmalpflege bereits bei der Erstellung des Vorprojektes miteinbezogen. Es fand deshalb eine Begehung mit dem zuständigen Denkmalpfleger statt. Hierbei wurden die Absichten des Ressort Hochbau besprochen. Durch die Denkmalpflege wurde zusätzlich eine Bauforschung zur Ermittlung der bauzeitlichen Farbfassung in Auftrag gegeben und Kostenmässig übernommen. Die bauzeitlichen Farbfassung sind deshalb wieder hervorzuheben.

Aufgrund des Schutzstatus werden einzelne Arbeiten durch die Denkmalpflege mitfinanziert werden. Um die Unterstützungsbeiträge bei der Denkmalpflege zu erhalten, muss nach Abschluss der Arbeiten ein entsprechendes Gesuch gestellt werden. Die Höhe der Beiträge wird erst nach Beurteilung des entsprechenden Gesuchs festgelegt werden können.

Termine

Um keine weiteren Schäden am Gebäude, beispielsweise durch eindringendes Wasser entstehen zu lassen, ist ein rascher Start geplant. Zudem ist wichtig, dass die gefährdeten Gebäudeteile (beispielsweise die morschen Fensterläden) rasch möglichst ersetzt werden können. Aus diesem Grund ist folgender Zeitplan vorgesehen:

- | | |
|----------------------------------|------------------|
| • Einreichen Baugesuch | Januar 2023 |
| • Submissionsverfahren starten | Februar 2023 |
| • Beginn der Sanierungsarbeiten | Juni / Juli 2023 |
| • Schluss der Sanierungsarbeiten | November 2023 |

Das Wichtigste in Kürze

Das Gebäude liegt an der Hauptstrasse, wobei die Fassade den täglichen Emissionen des Verkehrs stark ausgesetzt ist. Seit Jahren wurde an der Aussenfassade und am Dach nichts repariert. Um Folgeschäden am Gebäude zu verhindern, drängt sich eine Sanierung der Gebäudehülle und dem Dach auf. Mit der Sanierung der Villa von 1865, in der sich die Bauverwaltung befindet, soll der Charakter und Charme vom Gebäude erhalten bleiben. Zusätzlich soll mit einer Photovoltaikanlage, zusätzlicher Dachisolation und dem Fensterersatz das Gebäude modernisiert und energetisch optimiert werden, dies als ein wichtiger Beitrag zum Unterhalt der geschützten Objekte, sowie eine kontinuierliche Werterhaltung der gemeindeeigenen Liegenschaften. Die Einwohnergemeinde soll mit gutem Beispiel voran gehen und geschützte Gebäude sanieren und deren langjährige Geschichte erhalten.

Finanzielles

Der Gemeinderat beantragt untenstehenden Investitionskredit gem. Kostenschätzung +/- 15% vom Architekturbüro Haaf und Haemmig. Folgende Kosten inkl. MwSt. sind geplant:

Vorbereitungsarbeiten	CHF	20'000.00
Gebäude Sanierung	CHF	980'000.00
Umgebung	CHF	30'000.00
Baunebenkosten	CHF	15'000.00
Reserve	CHF	80'000.00
Beschattung der Fenster innen	CHF	16'000.00
Teuerungsreserve Materialkosten	CHF	35'000.00

Total inkl. MwSt.

CHF1'176'000.00

Die Kostenermittlung beruht auf Elementpreisen. In der Kostenaufstellung werden zudem offen CHF 115'000.00 als Reserve ausgewiesen. Dies aufgrund der aktuellen Preisschwankungen und Knappheit bei der Beschaffung von Baumaterialien am Markt.

Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wird bei der kantonalen Denkmalpflege ein Gesuch um Kostenbeteiligung gestellt werden. Die Höhe der Kostenbeteiligung ist jedoch nicht bekannt und wird anhand der eingereichten Rechnungen beurteilt.

Finanzkommission

Nach Art. 58 der kantonalen Gemeindeverordnung ist das beschlussfassende Organ vorgängig über die Kosten, die Folgekosten, die Finanzierung und die Auswirkungen auf das Finanzhaushaltgleichgewicht zu orientieren.

Folgekosten	Nutzungsdauer	Abschreibungs- und Zinssatz	Betrag
Abschreibung Verwaltungsliegenschaft	33.33 Jahre	3.00%	35'284.00
Zinsen (kalkulatorisch)		1.00%	5'880.00
Total Kapitalkosten pro Jahr			41'164.00
Total Betriebsfolgekosten / -erträge			0.00
Total Folgekosten pro Jahr			41'164.00

Die Folgekosten des vorliegenden Kreditantrages belaufen sich auf CHF 41'164.00 pro Jahr.

Gemäss Finanzplanung 2022 – 2027 beträgt der Kapitaldienstanteil (Zinsaufwand + Abschreibungsaufwand im Verhältnis zum Ertrag) des Allgemeinen Haushaltes 3.8%. Dieser Durchschnittswert darf als geringe Belastung bezeichnet werden.

Der Zinsbelastungsanteil (Nettozinsaufwand im Verhältnis zum Ertrag) des Allgemeinen Haushaltes beträgt 0.8%. Dieser Durchschnittswert darf als tiefe Belastung bezeichnet werden.

Die vorliegende Investition ist für den Allgemeinen Haushalt tragbar.

Die Aufwendungen für die Abschreibungen (jährlich CHF 35'284.00) können der Spezialfinanzierung (SF) Vorfinanzierung Hochbauten des Verwaltungsvermögens entnommen werden.

Die Finanzkommission hat an der Sitzung vom 06.09.2022 dem Geschäft zugestimmt.

Weitere Kommissionen

Die folgenden weiteren Kommissionen haben sich mit dem Geschäft auseinandergesetzt und geben eine Empfehlung ab:

X	Kommission	Datum	Beschluss
	Bildungskommission (BIKO)		
x	Hochbaukommission (HBK)	20.09.2022	Verabschiedet zuhanden GGR 01.12.2022
x	Kommission für Umweltfragen (KOFU)	18.10.2022	Zur Kenntnis
	Kommission für soziale Fragen (KOSOF)		
	Planungskommission (PLAKO)		
	Sicherheitskommission (SIKO)		
	Tiefbaukommission (TBK)		
	Wahl- und Abstimmungskommission (WAKO)		
	Weitere Spezialkommissionen oä		

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage			Art.
Zuständigkeit	GGR	OgR	Art.28
Finanzkompetenz		OgR	Art.28
Verfahren			Art.

Antrag

1. Der Grosse Gemeinderat genehmigt den Investitionskredit für die Sanierung der Gebäudehülle der Bauverwaltung, Bernstrasse 12 in der Höhe von CHF 1'176'000.00.
2. Die Aufwendungen für die Abschreibungen werden der Spezialfinanzierung (SF) Vorfinanzierung Hochbauten des Verwaltungsvermögens entnommen.

Eintretensdebatte

Fredi Witschi, GPK-Sprecher. Als Berater standen uns Eva Häberli Vogelsang, Departementsvorsteherin Hochbau und Adrian Koller, Ressortleiter Hochbau zur Verfügung.

- Beim Gebäude handelt es sich um ein K-Objekt, welches den höchsten Schutzgrad der Denkmalpflege geniesst. Es ist nicht nur schützenswert, sondern auch erhaltenswert. Deshalb ist eine recht aufwändige Sanierung nötig.
- Durch eine sogenannte Inlayanlage (Photovoltaik) wird der Denkmalpflege Rechnung getragen.

- Die Denkmalpflege beteiligt sich an den Kosten. Die Höhe dieser Beteiligung wird erst bekannt, wenn alle Abrechnungen vorliegen und eingereicht wurden.
- Die maximal mögliche energetische Sanierung wird mit Dämmungen, Isolation und Photovoltaik umgesetzt.
- Archiv im Keller (im Sandsteinfundament des Gebäudes): Es handelt sich um ein separat vom Regierungsstatthalter angewiesenes Projekt. Im Archiv ist das Problem mit der Feuchtigkeit bekannt, weshalb ein Bauphysiker beigezogen wird, um Fehler bei der Sanierung zu verhindern.

Die GPK hat das Geschäft geprüft und ist der Meinung, dass der Bericht und Antrag – mit den Ergänzungen des GPK-Sprechenden – korrekt und vollständig dargestellt ist und damit genügend Informationen für eine Verabschiedung durch den GGR vorliegen.

Lars Keller, EDU. Es ist erfreulich, dass in Erwägung gezogen wird, die Bernstrasse 12 zu sanieren und auch, dass eine erarbeitete Kostenschätzung vorliegt.

Das dahin serbelnde Gebäude, wenn man die Bilder von aussen sieht, muss zwingend aufgefrischt und auch soweit möglich, energetisch angepasst werden, was mit einer PV-Anlage und Dachdämmung sowie Fensterersatz vorgesehen ist.

Die Kosten sind zum jetzigen Zeitpunkt gut nachvollziehbar, ausser, dass sich die Denkmalpflege mit einer undefinierten Summe von Fr. 1.- bis unbekannte/offen beteiligt. Schade eigentlich, da die Denkmalpflege während der ganzen Bauphase ein Mitspracherecht hat und sich erst am Schluss als «Wohltäterin» mit einer Summe «aufspielt».

Nichtsdestotrotz, die Fraktion EVP-EDU ist für das Geschäft/Kreditgenehmigung und dankt allen Beteiligten für die bis anhin geleistete Arbeit.

Stephan Marti, SP-Fraktion. Das Laubsägelhaus Bernstrasse 12, wie wir es liebevoll nennen, ist leider in einem bedenklichen Zustand. Dass das Dach rinnt, wird vorläufig hingenommen, im Juni soll ja dann mit der Sanierung begonnen werden. Betrachtet man die Fassade, im speziellen die Jalousieläden und die kunstvollen Holzarbeiten, wird klar, wie «liebevoll» wir tatsächlich mit dem schützenswerten K-Objekt in den letzten Jahrzehnten umgegangen sind.

Umso erfreulicher ist die Absicht der Gemeinde mehr als 1.1 Millionen Franken in die Restaurierung und Aufrüstung mit einer PV-Anlage zu stecken. Die energetisch besten Einsparungen bieten sich bei der Isolierung von Fassade, Dach und Kellerdecke. Da die Fassade aus denkmalpflegerischen Gründen optisch nicht verändert werden darf, bleibt als Alternative die zusätzliche Dämmung von innen.

Bedauerlicherweise sind die Räumlichkeiten aber im letzten Jahr renoviert worden, was im Widerspruch zu einer solchen Lösung steht und wohl auch die Kostenberechnung einer Innenisolierung verhindert hat.

Im Zusammenhang mit Fragen von Kosten/Nutzen, Energieeinsparung und Amortisationszeit ist hier die professionelle Erstellung eines «Gebäudeenergieausweises Plus» der Kantone, kurz GEAK Plus, sehr zu begrüßen. Der GEAK Plus beinhaltet drei Varianten von energetischen Sanierungen, den nötigen Massnahmen, Angaben zu Einsparungsmöglichkeiten und Förderbeiträgen. Die Kosten für einen solchen belaufen sich bei einem Objekt dieser Grösse auf CHF 2'500.00 bis CHF 3'000.00, was gemessen an den Gesamtsanierungskosten marginal ist. Des Weiteren ist fraglich, wieso ein feuchter Keller aus dem Jahre 1865 zur Archivierung von Papier erhalten soll. Alle die einmal nasse Schuhe mit Zeitungspapier ausgestopft haben, wissen wie verblüffend das Resultat der Feuchtigkeitwanderung ist. Elektrische Entfeuchtungsgeräte gehören bekanntlich zu den Stromfressern. Idealerweise bietet sich der Keller zur Einlagerung des gemeinderätlichen Weinvorrats an.

Mit der Bitte in Zukunft für alle Sanierungen von gemeindeeigenen Gebäuden einen GEAK Plus erstellen zu lassen, empfiehlt die SP-Fraktion das Geschäft zur Genehmigung.

Yves Baumgartner, SVP-Fraktion. Die Fraktion der SVP Buchsi unterstützt die Fassadensanierung der Bernstrasse 12.

Das Haus wirkt schon fast so alt und schäbig wie im Ohrwurm «Das alte Haus von Rocky Ducky». Entgegen der Forderung der SP zu einem erzwungenen und im vorliegenden Fall auch nutzlosen Gebäudeenergieausweis, bin ich froh, dass darauf verzichtet wurde.

Es geht um eine gemeindeeigene Liegenschaft, welche nicht von kantonalen Subventionen profitieren kann und hier, insbesondere ein GEAK unnötig ist, da wir ja auch ohne zusätzliches Gutachten genau wissen was, wie und wo gemacht werden «könnte» – wir aber auch wissen was wir, wo und wie machen «wollen»...

Stefan Kummer, FDP-Fraktion. Vorneweg, wir sehen, dass diese Renovation resp. die Sanierung nötig ist. Nachdem alle Fraktionen, die GPK und die Finanzkommission dem Antrag zugestimmt haben, unterstützen wir das Vorhaben auch.

Wie ihr es von uns gewöhnt sind, kommen wir aber um mahnende Worte nicht herum. Im Wissen, dass wir vor zwei Monaten in der letzten Sitzung, aufgrund unserer Haltung gegenüber dem Finanzplan 2022 - 2027 und dem Budget 2023 kritisiert, und teilweise auch, im Nachgang persönlich angegangen wurden, fühle ich mich bei dieser Vorlage, in der kritischen Haltung bestätigt. Es fielen Aussagen wie, seid nicht so kurzfristig, ein Finanzplan ist ein Steuerungsinstrument und ein Budget werde nach bestem Wissen und Gewissen gemacht und es könne sich halt immer alles verändern. Einverstanden. Aber ein Budget ist auch ein Grundlagenpapier, eine Art Leuchtturm und ein Führungsinstrument, zumindest versuche ich persönlich beim Erstellen der Unternehmensbudgets jeweils alle bekannten Variablen einfließen zu lassen, umso exakt wie möglich planen zu können, und so aktiv wie möglich zu steuern. Unsere Unternehmensbudget haben nach Vorlegen und Akzeptanz der Eigentümerschaft und der relevanten Stakeholdern Gültigkeit. Im Sinne des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit ist dies auch nötig und soll für einen möglichst langen Zeitraum Gültigkeit und Glaubwürdigkeit haben. Man nennt dies Budget-Akkuratheit.

Im vorliegenden Fall muss ich sagen, verliere ich ein wenig das Vertrauen in diese Akkuratheit (die Sorgfalt, die Gründlichkeit, mit der eine Handlung ausgeführt wird). Im Finanzplan 2021 - 2026 sind total CHF 600'000.00 über die gesamte Periode für diese Sanierung vorgesehen. Im Oktober präsentierten Finanzplan immerhin 2 x CHF 600'000.00, aber für die Jahre 2023 und 2024. Im Budget, über das unsere Stimmbürger vor vier Tagen abgestimmt haben, sind CHF 600'000.00 vorgesehen. Heute, vier Tage später präsentiert sich ein Kostenblock von 1.1 Mio. Franken im Wissen, dass hier eventuell noch etwas zurückfliesst (Unterstützung der Denkmalpflege) und Reserven eingeplant sind, spricht das Projekt aber von Phase 1, ohne Keller und ohne Anbindung an den Wärmeverbund. Meint, gemäss den vorliegenden Zahlen resultiert eine Abweichung von zwischen 50 % - 100 % gegenüber dem vor vier Tagen unseren Stimmbürgern vorgelegten Zahlen.

So etwas kann ich als Betriebswirt nicht nachvollziehen, als CEO und Verwaltungsrat nicht wirklich akzeptieren und als Bürger nicht verstehen. Ich frage mich, wie man die künftigen, und einiges komplexere, kostspieligere und umfassendere Projekte glaubhaft abbilden will. Gemäss dem Projektbeschrieb soll die Gemeinde Vorbild sein in Bezug auf energetische und denkmalpflegerische Erhaltung und Verbesserung. Wir sollten aber auch Vorbild sein, bei der Einhaltung der Kosten und der glaubhaften Aussagen gegenüber unseren Bürgern. Denn gesunde Unternehmens- oder eben Gemeindefinanzen sind die Basis für Wachstum, Erfolg und Investitionen. Und die Basis für eine erfolgreiche und vertrauenswürdige Zusammenarbeit ist auch Akkuratheit in allen Belangen.

Wir werden also künftig noch genauer hinschauen und die Vorhaben aus betriebswirtschaftlicher Sicht beurteilen.

Stephan Marti, SP-Fraktion. Ich möchte zum Votum von Yves Baumgartner Stellung nehmen. Wenn man weiss, wie viel Energie man mit einer Innenisolation sparen kann, dann kann man auch abschätzen oder errechnen, wie lange es geht bis die Investition amortisiert ist. Wenn man die Zahl vor Augen hat, dann wird es einem sicher auch klar, dass es Sinn macht, ein anderes Projekt in den Hintergrund zu stellen.

Eva Häberli Vogelsang, Departementsvorsteherin Hochbau. Zuerst möchte ich den Fraktionen danken, dass sie das Projekt unterstützen. Wir sind sehr froh, dass wir die Sanierung der Gebäudehülle ausführen können. Die Fotos zeigen die Notwendigkeit deutlich.

Denkmalpflege

Wir hätten auch gerne im Voraus einen bestimmten Betrag. Die Denkmalpflege macht dies aber leider nie, sie sagt nur zu, dass es Geld gibt und für was es in etwa Geld gibt, ist bekannt – die wegen der Denkmalpflege zusätzlich notwendigen Massnahmen.

GEAK

Wir haben bei der Sanierung des Polizeipostens einen GEAK in Auftrag gegeben. Die KOFU hat dann festgestellt, dass dieser ziemliche Fehler enthalten hat und der GEAK hat damals von Peter Kast, als Mitglied der KOFU, überarbeitet werden müssen. Darum haben wir jetzt keinen GEAK mehr in Auftrag gegeben.

Zudem muss ich halt schon sagen: Ein GEAK ist ja schon gut, aber nach unseren Erfahrungen ist fraglich, was er uns bei denkmalgeschützten Gebäuden auch wirklich an praktischem Nutzen bringt

1. wissen wir nämlich selbst, was für energetische Sanierungsmöglichkeiten wir bei einem denkmalgeschützten Gebäude haben: insbesondere Dachstock, Fenster und Keller, der vorliegend aber separat ist. Und wir wissen auch, was nicht möglich ist bzw. die Denkmalpflege verbietet: Dies ist insbesondere die Dämmung der Fassade von aussen. Ich verweise hier auf die Broschüre «Energie und Baudenkmal – Gebäudehülle» von der Berner Denkmalpflege.
 2. ist der GEAK recht schematisch und allgemein gehalten. Beispielsweise verweist er betreffend dem Feuchtigkeitsproblem (in den Wänden, bei einer zusätzlichen Dämmung) dann doch auch wieder auf den Bauphysiker oder Architekten.
 3. muss man halt schon auch realistisch sein, die Möglichkeiten von energetischen Sanierungen bei denkmalgeschützten Gebäuden sind halt schon auch begrenzt. Auf ein A kommt man bei denkmalgeschützten Gebäuden wohl nie, sondern wohl maximal auf ein C.
- Wir haben darum für das vorliegende Projekt einen anderen Weg als den GEAK gesucht – wir haben mit Haaf und Haemmig mit einem Architekturbüro zusammengearbeitet, welches auf alte Gebäude spezialisiert ist. Wir haben die möglichen und sinnvollen energetischen Sanierungen eng mit ihnen abgesprochen, natürlich auch immer unter Rücksprache mit der Denkmalpflege. Beispielsweise ist auch so die Photovoltaikanlage ins Projekt gekommen. Beispielsweise haben u.a. auch deshalb Haaf und Haemmig einen Bauphysiker beigezogen.
 - Wir nehmen die Forderung der SP nach einem GEAK für zukünftige Projekte mal so entgegen. Wir werden uns aber vorbehalten, zu prüfen, welches Instrument am Sinnvollsten zur Prüfung der energetischen Sanierung ist. Ob GEAK, oder ob der Beizug von Fachpersonen, z.B. Bauphysiker, spezialisiertes Architekturbüro etc. besser ist, oder ob es andere Instrumente gibt.

Zudem sind wir – d.h. der Hochbau zusammen mit der Ökologiestelle der Gemeindeverwaltung (Maria Camacho-Bütikofer) – daran, einen Gebäudestandard für die gemeindeeigenen Gebäude zu erstellen. Etwas, was eigentlich schon seit Jahren überfällig ist, uns nun aber insbesondere auch im Hinblick auf die Schulraumplanung wichtig erscheint.

Archive

Wir müssen alle Archive der Gemeinde machen, nicht nur das in der Bauverwaltung, wobei aber dieses wahrscheinlich das Problematischste von der Feuchtigkeit her ist. Dies ist eine Auflage des Regierungsstatthalteramtes, daher in einem anderen Projekt.

Innensanierungen

Eine Innensanierung in der Bauverwaltung ist im 2020 gemacht worden. Im 1990 ist zudem bereits eine Dämmung innen angebracht worden, ca. 12 cm.

Finanzplan

Die erwähnten CHF 600'000.00 war die erste, grobe interne Schätzung, bevor wir das Projekt in Auftrag gegeben haben. Als wir das Projekt bekommen haben, haben wir sofort den Finanzplan angepasst – CHF 600'000.00 im 2023, CHF 600'000.00 im 2024. Verteilt über die beiden Jahre, da die Bauarbeiten zwar nächstes Jahr beginnen, aber wohl noch nicht abgeschlossen werden. Jedenfalls werden wir einen Teil der Rechnungen sicher erst im 2024 haben.

Eintreten

Das Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Bericht

Keine Wortmeldung

Vorprojekt mit Kostenschätzung inkl. Fotos

Stephan Marti, SVP-Fraktion. Ich habe die Kosten für die Erstellung des Expertenberichts des Architekturbüros nicht gefunden.

Eva Häberli Vogelsang, Departementsvorsteherin Hochbau. Diese Kosten findet man auf Seite 6: Der Architekt kostet Fr. 110'000.00 und der Fachplaner, das ist der Bauphysiker kostet Fr. 20'000.00.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 Ja-, zu 1-Nein Stimme/n und einer Enthaltung folgenden

Beschluss

1. Der Grosse Gemeinderat genehmigt den Investitionskredit für die Sanierung der Gebäudehülle der Bauverwaltung, Bernstrasse 12 in der Höhe von CHF 1'176'000.00.
2. Die Aufwendungen für die Abschreibungen werden der Spezialfinanzierung (SF) Vorfinanzierung Hochbauten des Verwaltungsvermögens entnommen.

Eröffnung

1. Hochbau (zum Vollzug)
2. Finanzen (zur Kenntnis)

Beilagen

1. Vorprojekt mit Kostenschätzung +/- 15%, Architektenbüro Haaf und Haemmig
2. Nahaufnahmen Zustand der Fassade

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 29 des Organisationsreglements vom 28. November 2010 dem fakultativen Referendum.

1.391 Interpellationen / Einfache Anfragen / Postulate / Motionen

LNR 8505

**Motion Marco Arni, FDP; Projekt Sanierung Zentrumsbereich
Münchenbuchsee, Anpassungen dringend nötig; Behandlung**

BNR 76

Zuständig für das Geschäft: Manfred Waibel; Departementsvorsteher Planung/Umwelt/Energie

Ansprechpartner Verwaltung: Claudia Thöni; Ressortleiterin Planung/Umwelt/Energie

Bericht

An der GGR-Sitzung vom 20. Oktober 2022 wurde die Motion von der FDP Fraktion „Projekt Sanierung Zentrumsbereich Münchenbuchsee: Anpassung dringend nötig“ eingereicht:

Motion der FDP Fraktion

Projekt Sanierung Zentrumsbereich Münchenbuchsee: Anpassungen dringend nötig

Der Gemeinderat wird beauftragt:

- Den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats seine Mitwirkungseingabe zum Projekt Sanierung Zentrumsbereich zur Kenntnis zu bringen.
- Aufzuzeigen, wie verhindert werden kann, dass im Rahmen des Projekts Sanierung Zentrumsbereich Münchenbuchsee entlang der Oberdorfstrasse ca. ein Drittel der Parkplätze aufgehoben wird.
- Aufzuzeigen, wie verhindert werden kann, dass die Bushaltestelle Kirche auf die Bernstrasse verlegt wird.
- Bei den kantonalen Behörden die Einstufung der Oberdorfstrasse als Gemeindestrasse zu verlangen, nachdem nun die Fusion der Gemeinden Diemerswil und Münchenbuchsee genehmigt wurde.

Begründung:

Die Haltung des Gemeinderats als Gesamtbehörde zum Projekt Sanierung Zentrumsbereich ist nicht bekannt.

Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Ortsplanungsrevision hat sich gezeigt, dass das Projekt Sanierung Zentrumsbereich Widerstand auslöst. So hat die Ladengruppe zu einem Nein zur Ortsplanungsrevision aufgerufen, weil sie zu Recht befürchtet, dass die geplante Aufhebung von Parkplätzen entlang der Oberdorfstrasse dazu führt, dass den Geschäften entlang der Oberdorfstrasse Kundinnen und Kunden verloren gehen, wenn sie nicht sehr nahe parkieren können. Die Ladengruppe macht darauf aufmerksam, dass die Geschäfte auch auf auswärtige Kundschaft angewiesen sind. Der Gemeinderat soll deshalb aufzeigen, wie er die Aufhebung der Parkplätze verhindern kann.

Im Rahmen der Abstimmungskampagne über die Ortsplanungsrevision war auch die Lage der Bushaltestelle sehr umstritten. Der geplante neue Standort auf der Bernstrasse hat verschiedenste Nachteile: Staubbildung und Lärm auf der Bernstrasse bis in den Kreisel, Gefahren für Fussgänger bei der Querung der Strasse im Bereich der Haltestelle, zu grosse Distanz zum Bahnhof (ÖV-Hub beim Bahnhof wird verhindert). Hier sind andere Möglichkeiten als die im Projekt Sanierung Zentrumsbereich präsentierten aufzuzeigen.

Die Gestaltung der Oberdorfstrasse ist für Münchenbuchsee zentral. Damit die Gemeinde die Möglichkeit erhält, die Gestaltung selbst an die Hand zu nehmen und den Anliegen des Gewerbes Rechnung zu tragen, sollte die Oberdorfstrasse wiederum zur Gemeindestrasse werden. Die Klassierung als Kantonsstrasse ist nicht mehr nötig, weil die bisher selbständige Gemeinde Diemerswil nun Teil von Münchenbuchsee wird.

Münchenbuchsee, 20. Oktober 2022



Maro Arni



Jürg Prefel



Stefan Kummer

Stellungnahme des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist seit Beginn des Projektes involviert und vertritt aktiv seine Meinung und die Interessen von Münchenbuchsee in dem Geschäft. Bereits in den Jahren 2018 /2019 vor Projektstart hat der Gemeinderat Grundlagen durch Fachpersonen erarbeiten lassen (insb. Verkehrsbericht metron), selber wichtige Rahmenbedingungen beschlossen und eine Zielvereinbarung mit dem Kanton ausgearbeitet.

Da Gemeinderat und Verwaltung am Projekt des Kantons mitarbeiten konnten, erübrigt sich verfahrenstechnisch eine Mitwirkung durch den Gemeinderat.

Es stimmt nicht, dass ca. ein Drittel der Parkplätze an der Oberdorfstrasse aufgehoben werden. Einzelne Parkplätze werden im Rahmen der Sanierung nicht mehr erhalten werden können. Dies in erster Linie aufgrund von übergeordneten Normen (aktuelle Normen und Gesetze betreffend Verkehrssicherheit VSS, behindertengerechtes Bauen, ...), welche für den Gemeinderat verbindlich sind.

Die Möglichkeiten und Optimierung der künftigen Lage der Bushaltestellen hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren bereits detailliert prüfen lassen und entsprechende Beschlüsse gefasst. Es ist aufgrund der sehr hohen Kosten nicht verhältnismässig (ca. CHF 500'000.00 zu Lasten der Gemeinde), die Buslinie 36 über den Bahnhof Münchenbuchsee zu führen.

Eine Übernahme der Strasse kommt einer Übernahme eines negativen Vermögenswertes gleich. Das Mitspracherecht der Standortgemeinde Münchenbuchsee / des Gemeinderates ist rechtlich sichergestellt und hat höheren Einfluss als einzig ein Mitwirkungsrecht.

Die eingegangenen Mitwirkungen werden geprüft und bei der weiteren Projektbearbeitung berücksichtigt.

Finanzielles

Die Annahme der Motion würde Aufwand und Kosten für die geforderte Projektüberarbeitung auslösen.

Finanzkommission

Nach Art. 58 der kantonalen Gemeindeverordnung ist das beschlussfassende Organ vorgängig über die Kosten, die Folgekosten, die Finanzierung und die Auswirkungen auf das Finanzhaushaltgleichgewicht zu orientieren.

Weitere Kommissionen

Die folgenden weiteren Kommissionen haben sich mit dem Geschäft auseinandergesetzt und geben eine Empfehlung ab:

--

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		--	--
Zuständigkeit	GGR	GO GGR	Art. 24
Finanzkompetenz			Art.
Verfahren		--	--

Antrag

1. Die Motion wird abgelehnt.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Jürg Frefel, FDP-Fraktion. Im Grossen und Ganzen können wir auch als Antragsteller dieser Motion nachvollziehen, dass eine Ablehnung beantragt wird. Grundsätzlich stehen auch wir für die Themen ein, wie z.B. die Erhöhung der Sicherheit, denn das Leben steht über allem. Wir stehen auch ein für verkehrsoptimierte Massnahmen zur Reduktion von Stau-Stunden und für eine bessere Umwelt. Und zu guter Letzt stehen auch wir für die Erhöhung der Biodiversität ein und damit zur signifikanten Aufwertung unseres wunderschönen Dorfkerns mit den spezifischen und einzigartigen Einkaufsmöglichkeiten und -erlebnissen. Mann und Frau in diesem Raum kann sich jetzt wahrhaftig fragen, warum haben wir diesen Vorstoss überhaupt eingereicht. Als mündige Bürger wollen wir verstehen, was eingeflossen ist, denn die Mitwirkung hat einen grossen Einfluss auf die weitere Behandlung dieses Projekts. Ich habe verstanden und vorallem auch gehört, dass die Mitwirkung resp. der Mitwirkungsbericht in diesen Tagen zur Verfügung stehen wird. Es ist wichtig, zu wissen, was in diesen Mitwirkungsbericht eingeflossen ist, unter anderem auch vom Gemeinderat, damit wir auch verstehen, was im weiteren Projektverlauf passiert. Als Vertreter des Handels im ganzheitlichen Sinn, sowohl als Kunde, als Unternehmer bis zum Mitarbeiter von Migros, ist natürlich das leidige Thema «Parkplätze» omnipräsent. Meine Erfahrungen, unter anderem täglich im Verkehr, aber auch in der Migros, in verschiedenen Bau-Sitzungen bis hin in die Geschäftsleitungssitzungen, ist dies ein Riesenthema. Mit der Reduktion auf der Oberdorfstrasse von 27 auf 18 Parkplätze, ein Drittel weniger (33 %) wird sich der Verkehr nicht reduzieren. Gemäss Bundesamt für Statistik haben die Stau-Stunden wegen der Verkehrsüberlastung, unter anderem auch wegen der Parkplatz-Situation, zwischen 2020 und 2021 um sage und schreibe 44 % zugenommen. Es werden weitere Wege gesucht und auch gefunden. Es gibt eine Studie des Gottlieb Duttweiler-Instituts, welche sagt, dass für über 300 m zu Fuss laufen, das Auto genommen und weiter gefahren wird. Und was auch passieren wird, etwas, was eigentlich, eine traurige Sache ist, es gibt eine Verlagerung des stationären Handels zum Online-Handel. Das wird noch einmal mehr Verkehr mit sich bringen. All diese Massnahmen bringen weder einen ökologischen noch einen ökonomischen Mehrnutzen. Ich verstehe natürlich die erwähnten, übergeordneten Normen, vorallem wegen den Sichtbermen. Es wäre schon interessant zu wissen, was eigentlich in den Mitwirkungsbericht eingeflossen ist, was man diesbezüglich machen sollte und nicht einfach Parkplätze aufzuheben. Ich möchte nicht länger werden, aber das Thema Bushaltestellen scheint mir extrem wichtig. Es wäre definitiv von uns allen wünschenswert gewesen, dass man diese an den Bahnhof verlegt hätte. Dies analog der Gemeinde Zollikofen, die es in Unter-Zollikofen vor fünf bis zehn Jahre vorbildlich geschafft hat. Die abgespeckte Variante aus dieser Zielvereinbarung aus dem 2013 zwischen der Gemeinde und dem Kanton, welche vorgesehen hätte, Buchten an der Bernstrasse zu bauen, wäre aus verkehrs- und sicherheitstechnischen Gründen sicher eine gute Lösung gewesen. Aber ich denke auch, die Belassung an den heutigen Orten wäre, auch um dem Behindertengleichstellungsgesetz resp. -verordnung gerecht zu werden, ebenfalls machbar gewesen, hätte höchst wahrscheinlich den schönen Platz auch noch mehr aufgewertet. Und vorallem wäre es eine verkehrstechnisch etablierte, funktionierende Lösung gewesen. Wir haben meines Erachtens eine suboptimale und durchaus unglückliche Lösung auf der Bernstrasse entwickelt. Warum sage ich das: Suboptimal deshalb, weil die Busse und Pendler, welche Richtung Bern fahren, in den Kreisel fahren müssen und damit zusätzlich noch dem Verkehrsdruck der Pendler aus Biel ausgesetzt sind. Suboptimal auch deshalb, weil auf der Bernstrasse bei einer angeplanten 30er-Zone ohne Zebrastreifen, der Autolenker Vortritt hätte. Druck und Zeit werden zunehmen und dies bedeutet definitiv mehr Stress und Gefahren. Ist zu hoffen, dass die eingangs erwähnten gemeinsamen Ziele bezüglich der Sicherheit an dem höchst zu priorisierenden Wert gleichwohl Genüge getragen wird und die Schwächsten im Verkehr Sicherheit haben. Wie sich die ausgewiesenen CHF 500'000.00 an Mehrkosten für die Gemeinde, welche erwähnt sind, zusammensetzen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich glaube, wir werden dies nachher dem Mitwirkungsbericht entnehmen können. Persönlich hoffe ich natürlich, dass wir mit dieser zweifelsohne Aufwertung des Dorfkerns nicht noch mehr Öl anstelle von Wasser ins Lädeli-Sterben hineingegossen haben. Aus verschiedenen politischen und marktpolitischen Themen

habe diese definitiv nicht viel zu lachen. Nun komme ich zum Schluss: Persönlich hoffe ich natürlich auch, dass für unsere Gemeinde effektiv keine Mehrkosten entstehen. Sei es wegen diesen Werksleitungen, vorallem aber auch wegen dem eingedolten Bach, welcher durch die ganze Oberdorfstrasse fliesst. Aus eigener Erfahrung müsste man mit Überraschungen rechnen. Ich denke, wie mein Vorredner von der FDP, das würde unsere Finanzen zusätzlich belasten. Ich danke für eure Geduld und Aufmerksamkeit.

Claudia Kammermann, SVP-Fraktion. Je öfter wir Aussagen hören, desto eher neigen wir dazu, sie zu glauben – dafür sorgt unser Hirn. Das Phänomen nennt sich in der Neurowissenschaft der «Wahrheitseffekt». Dass an der Oberdorf- oder Bernstrasse infolge einer Sanierung des Zentrumsbereich ein Drittel der Parkplätze verschwinden soll, habe ich in keinem einzigen Dossier gelesen oder während keiner Informationsveranstaltung oder «Elefantenrunde» gehört. Diese Aussage wird auch mit Wiederholungen nicht wahrer. Fakt ist, dass einzelne Parkplätze infolge übergeordnetem Recht aufgehoben werden müssen. Dass wir, wie in der vorliegenden Motion gefordert mit einer Umwandlung von einer Kantons- zu einer Gemeindestrasse «die Gestaltung selbst an die Hand nehmen könnten», sozusagen die Oberdorfstrasse zu einer gesetzlosen Zone umwandeln und dann schalten und walten könnten, wie wir wollten. Nein, auch wir in Münchenbuchsee müssen uns an Vorschriften und Gesetze halten. Kantons- oder Gemeindestrasse hin oder her. Zur Bemerkung «ÖV- Hub am Bahnhof wird verhindert»: Die Rahmenbedingungen, dass der RBS-Bus Linie 36 über den Bahnhof Münchenbuchsee fahren könnte, sind seit langem auf dem Tisch. Bauliche Massnahmen (Strassen, Ampelanlagen) einmalige Investition: 1.6 – 2.2 Mio. Franken (+/- 30%), Kosten Standardsanierung Bahnhofplatz / Strasse: 200'000 - 300'000 Franken. Jährliche Kosten nach AÖV/RBS: Gemäss Verantwortlichen der RBS 500'000 Franken für den Betrieb eines zusätzlichen Busses zwingend, damit der Fahrplan eingehalten werden kann. Räumliche Auswirkungen: Ampelanlage im Zentrum und Bahnhofareal wird zur Verkehrszone. Quelle; Elefantenrunde Zentrumsplanung vom 18.09.2019. Hier geht es nicht um Verhinderung, sondern um die Frage, ob wir bereit sind, im Besonderen jährlich ein halbe Million Franken zusätzlich für den ÖV auszugeben. Die SVP-Fraktion ist klar für Ablehnung der Motion.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Die Motion wird abgelehnt.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Nachführen Register «Parlament»)

Beilagen

--

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

Postulat Andreas Brunner, SVP; Organisationsform Zukunftsforum überdenken und Alternative suchen; Abschreibung und Kenntnisnahme Konzept "von Buchsee-Gespräche"

Zuständig für das Geschäft: Manfred Waibel; Gemeindepräsident

Ansprechpartner Verwaltung: Olivier Gerig; Gemeindeschreiber

Bericht

Das Parlament hat mit dem Vorstoss „Postulat Andreas Brunner, SVP; Organisationsform Zukunftsforum überdenken und Alternative suchen“ den GR zusammen mit dem Büro GGR beauftragt, nach einer Alternative für das Zukunftsforum zu suchen.

Münchenbuchsee, 17.08.2021

Postulat Zukunftsforum überdenken und Alternative suchen

Am 30. März 2017 hat das Parlament eine Motion überwiesen, welche den Gemeinderat zur Durchführung von einem bis zwei GGR-Zukunftsforen pro Legislatur verpflichtet. Grundlage dazu bildete das zum 40-jährigen Jubiläum des Parlaments im 2014 durchgeführte Zukunftsforum.

In der letzten Legislatur wurde ein Zukunftsforum mit viel Aufwand organisiert, durchgeführt und nachbereitet. Das dabei effektiv Erreichte ist sehr überschaubar und äusserst marginal.

In seiner damaligen Antwort zum Vorstoss am 30. März 2017 hielt der Gemeinderat fest, dass er den vermehrten Austausch ausserhalb von den dem GGR vorgelegten Geschäften nachvollziehen kann, die Form des Zukunftsforums jedoch als ungeeignet erachte: «Der Gemeinderat kann das Bedürfnis nach einem von den üblichen Tagesgeschäften losgelösten Austausch nachvollziehen, erachtet jedoch die 2014 durchgeführte Form des Zukunftsforums als ungeeignet da zu gross und zu umständlich in der Vor- und Nachbereitung.»

Die in seiner Antwort vorgebrachten Argumente bewahrheiteten sich in der anschliessenden Durchführung und den Resultaten des Anlasses. In derselben Antwort stellte der Gemeindepräsident in Aussicht, eine andere (effizientere und effektivere) Form des regelmässigen, parteiübergreifenden Austauschs vorzusehen.

Die SVP-Fraktion beauftragt den Gemeinderat, vor einer erneuten Organisation und Durchführung eines Zukunftsforums, das Format zu überdenken und dem GGR eine Alternative, zum regelmässigen, parteiübergreifenden Austausch auszuarbeiten und vorzulegen.

Besten Dank für die Prüfung.
Andreas Brunner
SVP Fraktion



ohne Unterschriften
wegen Covid-Konzept
/ 17.08.2021

Als mögliche Alternative aus dem Prüfauftrag hervor, gehen die sogenannten „von Buchsee-Gespräche“, in Anlehnung an die von Wattenwyl-Gespräche des Bundesrates. Die Idee, die Ziele, die Inhalte etc. können dem beigelegten Konzept entnommen werden. Die «von Buchsee-Gespräche» sollen zu einem erweiterten Dialog beitragen und zu einem gegenseitigen Verständnis zwischen Legislative und Exekutive führen. Sie sind eine echte Alternative zum Zukunftsforum, bieten die Möglichkeit eines regelmässigen, parteiübergreifenden Austauschs und sollen das Zukunftsforum in seiner bisherigen Form ablösen.

Im Büro GGR sind 2022 die Fraktionen der SVP, der SP und der GFL vertreten. Die nicht im Büro GGR vertretenen Fraktionen der FDP und der EVP wurden zu einer Vernehmlassung eingeladen. Die Rückmeldungen auf die Arbeit des Büro GGR/des GR waren grossmehrheitlich positiv. Der überparteiliche Austausch wird begrüsst. Der effektive Mehrwert wird sich dann in der Umsetzung zeigen.

Mit der Erarbeitung des vorliegenden Konzeptes zu den «von Buchsee-Gesprächen» ist der Prüfauftrag des GR zusammen mit dem Büro GGR erledigt und der Vorstoss kann abgeschrieben werden.

Finanzielles

Das Geschäft hat keine direkten finanziellen Folgen

Finanzkommission

--

Weitere Kommissionen

--

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		OgR	Art. 30
Zuständigkeit	GGR	GO GGR	Art. 25
Finanzkompetenz		---	---
Verfahren		GO GGR	Art. 27

Antrag

1. Das Postulat wird abgeschrieben.
2. Das Konzept «von Buchsee-Gespräche» vom 31.10.2022 wird zur Kenntnis genommen.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Andreas Brunner, SVP-Fraktion. In Namen der SVP-Fraktion danke ich für die Beantwortung des Postulats. Mir, bzw. uns als Fraktion gefällt die Idee und das Konzept zu den „von Buchsee-Gesprächen“. Auch wenn die „von Buchsee-Gespräche“ neu ein Gefäss des Gemeinderates sind, im Gegensatz zum Zukunftsforum dass ein Gefäss des GGR's ist.

Denn gemäss Konzept haben wir Fraktionen die Möglichkeit, die Themen mit zu bestimmen bzw. für die Traktandenliste der „von Buchsee-Gesprächen“ anmelden.

Ein wichtiger Punkt des Konzepts, ist in meinen Augen der Teil „Visionäres“. Unter diesem stelle ich mir, wie vom Gemeinderat beschrieben vor, Themen auszutauschen/anzustossen, welche noch nicht auf der politischen Agenda sind, jedoch dereinst zu einem Thema werden könnten oder ausserhalb der politischen Agenda beschäftigen.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung mit dem neuen Gefäss «von Buchsee-Gespräche» eine Verbesserung zum Zukunftsforum gefunden zu haben und wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Zum Abschluss möchte ich noch aus dem Protokoll der GGR-Sitzung vom 30. März 2017 zitieren: „Es steht den Fraktionen und Parteien frei, sich über Parteigrenzen hinweg auszutauschen und mehrheitsfähige Ansätze zur erarbeiten. Die Resultate können und sollen dann via politischen Vorstoss dem Gemeinderat überwiesen werden.“

Valeria Merlo, GFL-Fraktion. Die GFL bedankt sich bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Konzepts „von Buchsee-Gespräche“. Grundsätzlich sehen wir in dem Konzept Potential für einen sinnvollen überparteilichen Austausch zwischen der Exekutive und der Legislative. Was wir etwas bedauern, ist, dass die Themen laut Konzept vom Gemeinderat vorgegeben werden. Die Fraktionen können zwar Themen anmelden, der Gemeinderat beschliesst aber abschliessend über deren Traktandierung. Wir vertrauen natürlich darauf, dass der jetzige Gemeinderat unsere Anliegen ernst nimmt. Trotzdem wollen wir anmerken, dass die Gespräche, die ursprünglich als Gefäss für Anliegen des Grossen Gemeinderats vorgesehen waren, nun eher dem Gemeinderat als Informationsgefäss für den GGR dienen.

Zudem finden wir es schade, dass im Vergleich zum Zukunftsforum der Einbezug der Bevölkerung wegfällt. Wir verstehen, dass ein regelmässiger Austausch zwischen Gemeinderat und GGR nicht zwingend mit Einbezug der Bevölkerung stattfinden muss. In der Regelmässigkeit der «von Buchsee-Gespräche» wäre das viel zu aufwändig. Das vorliegende Konzept deckt, wie schon erwähnt ein Bedürfnis von Gemeinderat und GGR sich vermehrt auszutauschen. Aber sie sind aufgrund des fehlenden Einbezugs der Bevölkerung nicht wirklich ein Ersatz für das Zukunftsforum. Wenn sich Themen, so wie beim ersten Zukunftsforum die innere Verdichtung, in Zukunft wieder anbieten, würden wir eine weitere Organisation eines Zukunftsforums begrüssen. Schliesslich ist die Bevölkerung Projekten grundsätzlich positiver eingestimmt, wenn sie die Möglichkeit hatte, mitzureden.

Wir sehen den Auftrag des Postulats, das Zukunftsforum zu überdenken und Alternativen zu suchen, als erledigt und stimmen dem Antrag zu.

Manfred Schneider, SP-Fraktion. Die SP-Fraktion bedankt für die Erarbeitung des neuen Konzepts und hofft in den nächsten Jahren auf eine gute Umsetzung.

Meine zunächst kritische Haltung hat sich während den Gesprächen im GGR-Ratsbüro langsam geändert. Ich bin auf die Umsetzung sehr gespannt.

Eine kleine Bemerkung zum Schluss: Damit die verschiedenen Geschäfte in den zukünftigen Gesprächen auch zu einem guten Dialog beitragen, wünschen wir uns, dass der für das Geschäft oder Thema zuständige Gemeinderat jeweils anwesend sein wird.

Die SP-Fraktion tritt für Abschreiben des Postulats ein.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Das Postulat wird abgeschrieben.
2. Das Konzept «von Buchsee-Gespräche» vom 31.10.2022 wird zur Kenntnis genommen.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Nachführen Register «Parlament»)
2. Gemeinderat (zum Vollzug)

Beilagen

1. Konzept «von Buchsee-Gespräche»

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

**Postulat Therese Rohrer-Schüle, EVP; rauchfreie Zonen im Hirzi;
Behandlung**

BNR 78

Zuständig für das Geschäft: Manfred Waibel; Gemeindepräsident

Ansprechpartner Verwaltung: Olivier Gerig; Gemeindeschreiber

Bericht

An der Parlamentssitzung vom 18. August 2022 wurde das Postulat Therese Rohrer-Schüle, EVP; rauchfreie Zonen im Hirzi, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Trägerverein Hirzenfeld zu prüfen, ob im Sportzentrum Hirzenfeld das Rauchen nur noch in bestimmten Zonen erlaubt werden könnte oder mindestens rauchfreie Zonen eingerichtet werden könnten. Gleichzeitig soll abgeklärt werden, innerhalb welcher Frist dies umgesetzt werden kann.

Begründung:

Es wurde vermehrt festgestellt, dass vielerorts – trotz mobilen Aschenbechern – Zigarettensammel herumliegen. Dies ist für kleine Kinder lebensgefährlich. Zudem sind am Boden liegende Zigarettensammel sehr umweltschädigend, da giftige Stoffe durch den Regen in die Erde sickern.

In vielen Freibädern wurden deshalb in den letzten Jahren rauchfreie Zonen oder Bereiche für Rauchende eingerichtet. Es ist wünschenswert, solche auch in unserem Freibad anzustreben.

Besten Dank!

EVP-Fraktion
Therese Rohrer-Schüle



Stellungnahme Gemeinderat

Allgemein

Die Führung des Sportzentrums Hirzenfeld obliegt dem autonomen «Trägerverein Hirzi». Die Leistungsbestellerin ist die Einfache Gesellschaft «Sportzentrum Hirzenfeld», welcher die Einwohnergemeinden Münchenbuchsee und Zollikofen angehören. Operative Entscheide wie die Schaffung von rauchfreien Zonen liegen somit nicht in der Kompetenz der Gemeinderäte. Die Steuerung und Einflussnahme der Gemeinden erfolgt in erster Linie über den Leistungsvertrag.

Rauchfreie Zonen

Es ist unbestritten, dass das Verschlucken von Zigarettensammel zu Vergiftungen führen kann und am Boden liegende Zigarettensammel umweltschädigend sind. Der Gemeinderat unterstützt deshalb den Antrag auf Einführung von rauchfreien Zonen im Sportzentrum Hirzenfeld und beantragt die Erheblicherklärung des Postulats.

Der Trägerverein Hirzi beabsichtigt, nachdem der GR in dieser Sache mit ihm Kontakt aufgenommen hat, die Einführung von rauchfreien Zonen im Rahmen der Sanierung des Freibads zu prüfen. Eine allfällige Einführung ist zweckmässigerweise nach der Sanierung frühestens im Hinblick auf den Sommer 2024 umsetzbar.

Finanzielles

Das vorliegende Geschäft hat keine direkten finanziellen Auswirkungen.

Finanzkommission

--

Weitere Kommissionen

--

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		OgR	Art. 30
Zuständigkeit	GGR	GO GGR	Art. 25
Finanzkompetenz		---	---
Verfahren		GO GGR	Art. 27

Antrag

1. Das Postulat wird als erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Therese Rohrer, EVP. Ich danke dem Gemeinderat für die prompte Antwort auf mein Postulat.

Das Anliegen wurde erkannt. Die Umsetzung erwarte ich gespannt auf den Sommer 2024. Gleichzeitig wie bei uns wurde in Zollikofen das gleiche Postulat eingereicht. Die Antwort des Zollikofner Gemeinderats ist fast identisch. Der einzige Unterschied besteht darin, dass dieser das Postulat als erheblich erklärt und nicht gleichzeitig abschreibt. Das ist mir natürlich sympathisch.

Es scheint so, dass mein Anliegen ernst genommen wurde und auch umgesetzt wird. Deshalb stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Das Postulat wird als erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Nachführen Register «Parlament»)

Beilagen

--

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

Interpellation Kurt Stettler, SVP; Parkierung beim Hirzi; Beantwortung Interpellation; Parkierung beim Hirzi**BNR 79****Zuständig für das Geschäft:** Departemente Öffentliche Sicherheit, Tiefbau und Kultur- Freizeit-Sport**Ansprechpartner Verwaltung:** Jürg Burkhalter, Höherer Sachbearbeiter Öffentliche Sicherheit**Bericht**

In der GGR-Sitzung vom 24. März 2022 hat Kurt Stettler folgende Interpellation eingereicht:

Münchenbuchsee, 24.03.2022

**Interpellation: Parkierung beim Hirzi**

Als direkt betroffener Landeigentümer und Präsident der Waldgenossenschaft sehe ich mich gezwungen, auf den vorangegangenen Parlamentarischen Vorstoss von Dürig Richard zu reagieren. Offenbar ist sich die Gemeinde folgendes nicht bewusst: Für Motorfahrzeuge gilt auf den Waldstrassen in der ganzen Schweiz gemäss dem Bundesgesetz über den Wald ein generelles Fahrverbot.

Neben mir hat auch Landwirt Marthaler Andreas als Waldbesitzer sich schon mehrmals über die Wildparkiererei beschwert. Der Waldweg (GB-Nr. 1981) ist nicht nur Zubringer zu seinen Waldparzellen, sondern auch die einzige zu der Landparzelle „Hasenmatte“. Diesen Sommer wurde wegen Fallschparkierer der Mähdrescher 1,5 h lang blockiert, obwohl diese Erntearbeit rechtzeitig im Hirzi angekündigt war.

Im Strassenverkehr sind für die Landwirtschaft Maschinen bis zu einer Breite von max. 3,5 m und Anhängerzüge bis max. 18,75 m Länge zugelassen. Der Höhenweg weist bei der Einmündung zu dem Parkplatz ins Sportzentrum jedoch nur eine Lichtweite von 3,5 auf und dies noch mit einer Kurve! Obwohl im Abtretungsvertrages zwischen der Flurgenossenschaft II Münchenbuchsee und der Einwohnergemeinde (unterzeichnet am 15. Februar 1973) eine Weite von mindestens 5m vorgeschrieben ist. Zudem ist unter den obligatorischen Vereinbarungen noch angefügt, dass die ordentliche landwirtschaftliche Bewirtschaftung des Kulturlandes jederzeit gewährleistet sein muss.



Leider kommt es ziemlich häufig vor, dass der Höhenweg mit abgestellten Fahrrädern belegt ist (z.T. angekettet an Signalisationen oder Zaun). Somit ist der Flurweg für die Landwirtschaft nicht mehr jederzeit benutzbar.

*Foto: Höhenweg vom 12. Oktober 2021
(Zwischensaison / Veloparkplatz frei!)*

Auch auf der Radiostrasse ist es schon mehrmals vorgekommen, dass durch beidseitiges Parkieren nur noch das Passieren mit PKW's möglich war. Wenn man bedenkt, dass Badewetter mit Erntetagen von Futter- und Ackerbau zusammenfallen, dann sind die Zeitverluste für die anfallenden Umwege in dieser arbeitsintensiven Zeit besonders ärgerlich.

Schlimmer jedoch finde ich die Tatsache, dass durch dieses Wildparkieren an der Radiostrasse neben der Landwirtschaft, auch der Schwerverkehr betroffen ist. Zumindest die Zufahrt für die Feuerwehr und andere Blaulichtorganisationen muss im Ereignisfall jederzeit gewährleistet sein!

Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- ❖ Ist es in Ordnung, mittels Absperrgitter in der Saison allen Wald- und Landeigentümern den Zugang zu ihren Grundstücken zu verunmöglichen oder würde es nicht andere Lösungen geben?
- ❖ Welche Vorkehrungen werden getroffen, damit auf der Radiostrasse das Befahren für die Einsatzkräften uneingeschränkt möglich ist?
- ❖ Sind die früheren mannshohen Hinweisschilder (zum Aufstellen im Hirzi), mit der Aufschrift für zusätzliche Parkplätze in der Saal- und Freizeitanlage, noch vorhanden und könnte man sie wieder einsetzen? Wäre ein Ersatz solcher Hinweisschilder auch denkbar?
- ❖ Was gedenkt die Einwohnergemeinde zu unternehmen, damit auch der Höhweg wieder für die Landwirtschaft jederzeit nutzbar ist?
- ❖ Wäre es nicht sinnvoll, an Spitzentagen im Hirzi einen Parkdienst einzuführen ?

Besten Dank für die Beantwortung.
SVP Fraktion

Kurt Stettler

Antwort des Gemeinderates:

Ist es in Ordnung, mittels Absperrgitter in der Saison allen Wald- und Landeigentümern den Zugang zu ihren Grundstücken zu verunmöglichen oder würde es nicht andere Lösungen geben?

Abklärungen im Beisein des Verkehrsberaters der Kantonspolizei Bern und den zuständigen Mitarbeitenden der Ressorts Tiefbau und Öffentliche Sicherheit haben vor Ort stattgefunden. Dabei zeigte sich, dass sich der fragliche Abschnitt im Besitz der Waldgenossenschaft Münchenbuchsee befindet. Daher handelt es sich um eine privatrechtliche Angelegenheit und die Landeigentümerin muss selber dafür besorgt sein, dass der Zugang frei bleibt. Die bisher jeweils hingestellten Absperrgitter hatten nicht den Sinn und Zweck die Land- und Waldeigentümer zu behindern. Vielmehr sollten die Gitter widerrechtliches Parkieren verhindern. Auf den Einsatz dieser Gitter kann von Seiten Sportzentrum Hirzi bzw. Gemeinde auf Wunsch der Landeigentümer verzichtet werden.

Welche Vorkehrungen werden getroffen, damit auf der Radiostrasse das Befahren für die Einsatzkräfte uneingeschränkt möglich ist?

Der Ersatz der bestehenden Signalisation «Parkverbot» (2.50 Strassensignalisationsverordnung vom 05.09.1979) mit dem Zusatz «beidseitig» durch «Halteverbot» (2.49 Strassensignalisationsverordnung vom 05.09.1979) mit dem Zusatz «beidseitig» wird geprüft. Die Signalisation eines Halteverbotes würde die Grundlage schaffen, falsch parkierte Autos abschleppen zu lassen. Der Kantonspolizei wurde der Auftrag erteilt, an heissen Tagen und über das Wochenende Kontrollen durch zu führen. Die Kantonspolizei hat in der Folge wiederholt entsprechende Kontrollen durchgeführt und fehlbare Autolenker gebüsst.

Sind die früher mannshohen Hinweisschilder (zum Aufstellen im Hirzi), mit der Aufschrift für zusätzliche Parkplätze in der Saal- und Freizeitanlage noch vorhanden und könnte man sie wiedereinssetzen? Wäre ein Ersatz solcher Hinweisschilder auch denkbar?

Laut Abklärungen existieren die Hinweisschilder nicht mehr. Zudem ist es nicht sinnvoll den Parkplatz der Saalanlage anzubieten. Laut Signalisation ist dieser Parkplatz ausschliesslich für die Benutzer der Saalanlage reserviert. Mit dem Freigeben für das Sportzentrum Hirzenfeld, würden Konflikte mit den MieternInnen der Saalanlage entstehen.

Was gedenkt die Einwohnergemeinde zu unternehmen, damit auch der Höhenweg wieder für die Landwirtschaft jederzeit nutzbar ist?

Die Betriebsleitung des Sportzentrums hat unterdessen entlang des Höhenwegs Schilder angebracht die darauf hinweisen, dass die Durchfahrt freizuhalten und das Abstellen von Fahrrädern verboten ist. Zudem wurde der Parkplatz für Zweiräder vergrössert. Die Gemeinde kann das Falschparken nicht verhindern.

Wäre es nicht sinnvoll an Spitzentagen im Hirzi einen Parkdienst einzuführen?

Es wäre sicher sinnvoll an Spitzentagen eine Person für den Parkdienst einzusetzen. Dies müsste allerdings durch das Sportzentrum Hirzenfeld organisiert werden. Laut Auskunft von Frau Daniela Moser, Betriebsleitung Sportzentrum Hirzenfeld, habe das Sportzentrum bis jetzt noch keinen Parkdienst eingesetzt. Es sei auch nicht geplant in Zukunft einen Parkdienst einzusetzen. Die Betriebsleitung habe aber einen weiteren Grünstreifen gemietet auf dem weitere 40 Fahrzeuge Platz hätten. Zudem werden, nach dem Beenden der Baustelle, weitere 20 Parkplätze frei.

Finanzielles

Das Geschäft hat keine finanziellen Auswirkungen.

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage			Art.
Zuständigkeit	GGR	GO GGR	Art.29
Finanzkompetenz			Art.
Verfahren			Art.

Antrag

1. Von der Beantwortung der Interpellation wird Kenntnis genommen.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Kurt Stettler, SVP-Fraktion. Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines parlamentarischen Vorstosses. Leider bin ich nicht ganz so glücklich über die Antwort. Damit die angedachten Massnahmen greifen, braucht es zwingend die nötigen Kontrollen und Sanktionen. Und genau das ist die Knacknuss, welche leider in den letzten 40 Jahren vernachlässigt wurde. Ich habe die Befürchtung, dass dem aus Kostengründen auch in Zukunft zu wenig Beachtung geschenkt wird, aber ich lasse mich gerne auf die nächste Saison positiv vom Gegenteil überzeugen.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Von der Beantwortung der Interpellation wird Kenntnis genommen.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Nachführen Register «Parlament»)

Beilagen

--

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

1.503.5 Geschäftsprüfungskommission
Berichterstattung GPK-Revision 2022

LNR 7465
BNR 80

Zuständig für das Geschäft: Geschäftsprüfungskommission
Ansprechpartner Verwaltung: Hostettler Sylvia, Sekretariat GPK

Bericht

Die Geschäftsprüfungskommission hat am 10. November 2022 die Verwaltung bezüglich des Planungsprozesses der Schulraumplanung in Bezug auf

- Grundsätzlichem Planungsprozess
- Lessons Learned
- Konkrete Fragen zum Planungsprozess
- Kommunikation

geprüft und wird anlässlich der Sitzung vom 1. Dezember 2022 über das Resultat informieren.

Finanzielles

Das Geschäft hat keine direkten finanziellen Auswirkungen.

Weitere Kommissionen

Das Geschäft wurde keinen weiteren Kommissionen vorgelegt.

Rechtliche Grundlagen

Dem Grossen Gemeinderat wird dieser Antrag gestützt auf die folgenden rechtlichen Grundlagen unterbreitet:

		Grundlage	Artikel
Materielle Grundlage		--	--
Zuständigkeit	GPK	OGR	Art. 36
Finanzkompetenz		--	--
Verfahren		--	--

Antrag

1. Von der Berichterstattung zur Revision 2022 durch die GPK wird Kenntnis genommen.

Eintretensdebatte

--

Eintreten

--

Detailberatung

Wolfgang Eckstein, GPK-Präsident. Gestützt auf das Organisationsreglement der Gemeinde Münchenbuchsee, Artikel 39, Absatz 2, lit. c) ist eine Aufgabe der GPK, «die periodische, stichprobenweise Kontrolle der Verwaltungstätigkeit und der ihr angegliederten Gemeindebetriebe auf deren Rechtmässigkeit».

Am 10. November 2022 fand die jährliche Revision statt. Beleuchtet wurde der Planungsprozess der Schulraumplanung.

Als Berater standen der GPK für dieses Geschäft zur Verfügung:

- Michael Reber, Leiter Bildung / Gesamtschulleiter
- Patrick Imhof, Departementsvorsteher Bildung
- Manfred Waibel, Gemeindepräsident
- Patrick Trummer, Bauverwalter

Zum Geschäft:

- Die GPK erstellte im Frühling einen Fragekatalog. Dieser wurde den aufgrund der Fragestellungen betroffenen Departementsvorstehern und Abteilungsleitern zugestellt.
- Im August erhielten die GPK-Mitglieder vom Leiter Bildung, Michael Reber, schriftliche Antworten und relevante Dokumente zugestellt.
- Diese Antworten und Dokumente dienten als Basis für die eigentliche Revision.
- Der Planungsprozess richtet sich gemäss Aussage Patrick Trummer nach der SIA Norm 103

Phase	Teilphasen
1 Strategische Planung	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
2 Vorstudien	21 Definition des Vorhabens, Machbarkeitsstudie 22 Auswahlverfahren
3 Projektierung	31 Vorprojekt 32 Bauprojekt 33 Bewilligungsverfahren
4 Ausschreibung	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
5 Realisierung	51 Ausführungsplanung 52 Ausführung 53 Inbetriebnahme, Abschluss
6 Bewirtschaftung	61 Betrieb 62 Erhaltung

In der Phase 1 im Jahr 2019 hat das eingesetzte Projektteam, bestehend aus

- Patrick Imhof, Gemeinderat Departement Bildung (Vorsitz)
- Manfred Waibel, Gemeindepräsident (Legislatur 2017 – 2020 gleichzeitig DV Finanzen)
- Oliver Dobay, Bauverwalter
- Thomas Sitter, Finanzverwalter
- Michael Reber, Leiter Bildung/Gesamtschulleiter (ab 1.8.2019)
- Edith Bucheli, Mitglied Bildungskommission
- Adriana Faedi Tschannen, Co-Leiterin der Tagesschule

zusammen mit dem Büro BHP Raumplan die Ausschreibung für die gesamtheitliche Schulraumplanung gemäss der überparteilichen dringlichen Motion «umfassende Schulraumplanung jetzt!» von 2018 ausgearbeitet.

Die vom Projektteam definierten Rahmenbedingungen für das Projekt wurden in der Anfangsphase bewusst sehr offen gelassen. Leitplanken wie Bevölkerungswachstum, Schulsystem und die Gebäude-Zustandsanalyse sind in der Ausschreibung aufgeführt. Der Verzicht auf Provisorien ist nicht in der Ausschreibung, wurde aber mündlich ebenfalls als Leitplanke erwähnt.

Aufgrund der Submission wurde die Kontextplan AG mit der Erarbeitung des Projektes mandatiert. Aufgrund der Erkenntnisse aus dem ersten Bericht, wurde Kontextplan beauftragt, eine den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde realisierbare Variante auszuarbeiten.

Derzeit läuft die Masterplanung – der Masterplan steht vor der Besprechung und liegt voraussichtlich Ende Januar vor. Das Projekthandbuch soll bis Ende April 2023 vorliegen.

Die meisten Fragen sowie die aufgestellten Thesen der GPK konnten anlässlich der Revision von den Beratern beantwortet werden.

Die Berater hielten fest, dass innerhalb der Verwaltung der Austausch zwischen den Abteilungen institutionalisiert ist und regelmässig stattfindet.

Die GPK fand keinen Anlass zu irgendeiner Beanstandung des bisherigen Prozessablaufs. Soweit dies aufgrund der GPK-Fragestellungen beurteilbar ist, wird das Projekt professionell ausgeführt.

Welche Angaben müssen der GPK nachgeliefert werden?

- Eine verbindliche Projektorganisation über die Phasen 1 - 5 der SIA Norm 103 hinweg.
- Der GPK soll der finale Masterplan anlässlich einer Sitzung zur Kenntnis vorgelegt werden, da dieser massgeblich auch zum Planungsprozess der Schulraumplanung gehört.
- Eine Projektfinanzierungsplanung «Schulraumplanung» auf Basis der Resultate einer realistischen Umsetzungsplanung, welche als Lieferobjekte aus der Masterplanung resp. aus der Umsetzungsstrategie 2023 bis prognostiziertes Projektende resultiert. Der GPK sind folgende Kernaussagen wichtig:
 - Finanzielle Belastung der Schulraumplanung pro Planjahr auf Basis von Abschreibungskosten inkl. Berücksichtigung von kürzeren als 25-jährigen Abschreibungsdauern für die geplanten Provisorien
 - Fremdfinanzierungskosten inkl. Berücksichtigung eines best und worst case Szenarios für Zinssätze für langfristiges Fremdkapital als auch geplante Unterhaltskosten für Schulgebäude und allfällige Provisorien.

Empfehlungen der GPK an den Gemeinderat:

- Da es sich bei der Schulraumplanung – vermutlich seit dem Bau der Klosteranlage – um das grösste Projekt in der Geschichte Münchenbuchsees handelt, ist der rechtzeitigen und adressatengerechten Kommunikation weiterhin grösste Beachtung zu schenken.
- Ein professionelles Kommunikationskonzept ist zu prüfen.
- Der Stand Planungsprozess und die nächsten Schritte sollen dem GGR / der GPK regelmässig rapportiert werden.

Abschluss:

Die GPK dankt allen an der Revision beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung herzlich für die kompetente Beantwortung der Fragen der GPK sowie die im Vorfeld verschickten und verständlichen Unterlagen.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Von der Berichterstattung zur Revision 2022 durch die GPK wird Kenntnis genommen.

Eröffnung

1. -

Beilagen

1. -

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab dem 9. Januar 2023, in Kraft.

1.391 Interpellationen / Einfache Anfragen / Postulate / Motionen

Einfache Anfragen (Entgegennahme und Beantwortung)

LNR 6284

BNR 81

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Detailberatung

Folgende Einfachen Anfragen werden entgegengenommen und beantwortet:

Einfache Anfrage Bettina Kast, SP; Autobahnausbau Grauholz – Beteiligungsmöglichkeiten von Buchsi

Das Projekt zum Ausbau der A1 zwischen Wankdorf und Schönbühl wurde vom 26. September bis 25. Oktober 2022 öffentlich aufgelegt. Die Stadt Bern und Zollikofen haben in diesem Zeitfenster Einsprache gegen den Ausbau der A1 auf 8 Spuren eingereicht. Dies, weil ein Spurausbau zu Mehrverkehr führt, welcher weder für die Stadt noch die Agglomeration positiv ist. Die Einsprachen haben u.a. den Klimaschutz hervorgehoben. Jede Person und Körperschaft, Partei und Gemeinde hat die Möglichkeit, eine Einsprache zu machen – also auch Buchsi.

Hat sich der GR auch an der öffentlichen Auflage beteiligt?

Wenn ja, welche Stellungnahme hat der GR eingereicht?

Wenn nein, wie und warum hat der GR entschieden, auf eine Teilnahme zu verzichten?

Danke für die Beantwortung.

SP-Fraktion
Bettina Kast

Antwort von Manfred Waibel, Gemeindepräsident

Es wird nicht bei jeder Möglichkeit einer Mitwirkung oder Vernehmlassung ein Gemeinderats-Geschäft gemacht. Im Vorfeld wird beurteilt, wie stark die Gemeinde betroffen ist und dann wird entschieden, was gemacht wird. Hier wurde im Vorfeld aufgrund der Stausituation auf der A6 entschieden, kein GR-Geschäft aufzubereiten, da der Ausbau wohl zu weniger Verkehr durch Münchenbuchsee führen wird.

Nach unserem Erachten sind auch nur die betroffenen Gemeinden berechtigt, Einsprache zu machen. Münchenbuchsee gehört nicht dazu (siehe nachfolgend).

Daher hat die Gemeinde Münchenbuchsee sich weder an der öffentlichen Auflage beteiligt noch eine Einsprache gemacht (es ging ja nicht um Stellungnahme, sondern allenfalls Einsprache machen in dem Verfahren).

Das ASTRA schreibt resp. schrieb dazu Folgendes:

Öffentliche Auflage Fahrstreifenergänzung A1 Wankdorf-Schönbühl

Die Unterlagen können auf den Gemeindeverwaltungen der betroffenen Gemeinden und im Internet eingesehen werden. Die öffentliche Auflage läuft bis 25. Oktober 2022 ... Bei den **betroffenen Gemeinden** handelt es sich um **Bolligen, Ittigen, Moosseedorf, Urtenen-Schönbühl, Zollikofen, Lyssach sowie Wohlen bei Bern**.

...

Das Verfahren sieht drei Stufen der öffentlichen Mitwirkung vor und startet mit der öffentlichen Auflage des Projekts. Nun sind Einsprachen gegen das vom ASTRA vorgestellte Projekt möglich. Diese Einsprachen sind in dieser ersten Stufe der öffentlichen Mitwirkung ans UVEK zu richten. Der Rechtsdienst des UVEK beurteilt die Einsprachen und stellt den Einsprechenden eine beschwerdefähige Verfügung zu.

Rolle	Akteur
Federführung	UVEK
Plangenehmigung / Beschwerdeinstanzen	UVEK (1. Stufe) Bundesverwaltungsgericht (2. Stufe) Bundesgericht (3. Stufe)
Partei / Mitwirkung	Betroffene Kantone, Gemeinden und Private können Einsprache einreichen
Partei / Koordination	ASTRA - legt das AP öffentlich auf

Bettina Kast, SP-Fraktion. Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Von den beantworteten Einfachen Anfragen wird Kenntnis genommen.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Erfassung der eingegangenen Vorstösse im Axioma, Register „Parlament“ nachführen)

Beilagen

1. Parlamentarische Vorstösse (Originale z. H. Protokoll)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 9. Januar 2022, in Kraft.

Entgegennahme parlamentarische Vorstösse (Interpellationen, Postulate, Motionen)

BNR 82

Zuständig für das Geschäft: Büro GGR

Detailberatung

Folgender parlamentarischer Vorstoss wird entgegengenommen:

- Postulat Manuel Kast, SP; Mehrweggeschirr am Buchsimarit

Der Grosse Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss

1. Die vorgenannten Vorstösse werden zur Bearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

Eröffnung

1. Präsidialabteilung, Sekretariat GGR (zum Vollzug: Erfassung der eingegangenen Vorstösse im Axioma, Register „Parlament“ nachführen)
2. Präsidialabteilung, Sekretariat GR (zum Vollzug: Zuweisungen z. H. GR-Sitzung vom 12. Dezember 2022 vorbereiten)

Beilagen

1. Parlamentarische Vorstösse (Originale z. H. Protokoll)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 9. Januar 2023, in Kraft.

Verabschiedungen und Verdankungen

Claudia Kammermann, SVP-Fraktion. Ich habe zu danken: Liebe Beatrice Schneider-Hebeisen, lieber Thomas Hammerich. «Es gibt für alles eine Zeit. Auch dafür Abschied zu nehmen.» Klaus Sibold. Heute ist eure letzte Sitzung hier im Parlament. Im Namen der SVP Buchsi danke ich euch sehr herzlich für euer kompetentes, verlässliches und engagiertes Wirken für die Partei hier im Parlament, in der Fraktion, viele Jahre in den verschiedenen Kommissionen und anderen Chargen. Mit einem weinenden Auge lassen wir euch ungern ziehen und mit einem lachenden Auge wünschen wir euch beiden für die Zukunft viel Erfolg, Glück, Gesundheit und gutes Gelingen für all eure zukünftigen Projekte. Auf Wiedersehen in einem anderen Rahmen hier im Dorf. Der folgende Applaus ist für euch!

Luzia Genhart Feigenwinter, SP-Fraktion. Dies ist das letzte Mal, dass ich hier spreche. Nach elf Jahren trete ich auf Ende Jahr aus dem GGR zurück.

Für mich waren es elf Jahre mit einem spannenden Einblick in die Gemeindepolitik. Besonders prägend war die finanzielle Situation wegen dem Bilanzfehlbetrag, das zähe Ringen, um wieder auf die Beine zu kommen und unabhängig zu bleiben.

Gemeindeebene ist die kleinste politische Ebene in unserem Land, man ist der Bevölkerung am nächsten. Dies ist die Chance, auch immer wieder pragmatische Lösungen zu finden. Ich wünsche euch allen weiterhin viel Freude und Interesse und Überzeugung, euch für uns Buchserinnen und Buchser einzusetzen und dabei vor allem das Gemeinwohl vor Augen zu halten.

Ab Januar 2023 wird Daniela Humbel meinen Sitz übernehmen, ihr wünsche ich einen guten Start.

Erika Gasser Niederhauser, SP-Fraktion. Die SP-Fraktion, ich denke, sicher auch das ganze Parlament danken Luzia Genhart Feigenwinter herzlich für die elf Jahre. Luzia hat unsere Fraktion sehr unterstützt, und geholfen, auch im GGR. Sie hatte immer sehr gute Ideen, Vorstösse, welche schlussendlich auch umgesetzt wurden. Wir danken für die sehr intensiven Jahre mit ihr. Luzia bleibt uns als Vorstandsmitglied der SP erhalten und wir freuen uns darüber.

Stabsübergabe an die Nachfolge und Schlusswort GGR-Präsidium

Luzi Bergamin Poncet, GGR-Präsident. Ich verabschiede mich als GGR-Präsident und bitte Bettina Kast auf die Bühne. Das Jahr ging schnell vorüber. Es hat eine Ratspräsidentin gegeben, welche am Schluss des Präsidialjahres gesagt hat: «... und wisst ihr, ich bin froh, wenn ich wieder bei euch unten sitzen darf...». Ich habe das damals nicht so ganz verstanden, aber jetzt schon. Nicht, dass ich dieses Amt ungern ausgeführt habe, aber eigentlich ist die Person, die oben steht und die Sitzung leitet, eigentlich diejenige, die nichts zu sagen hat. Es war für mich aber eine gute Erfahrung. Ich danke allen, welche zum Gelingen dieses Jahres beigetragen haben, natürlich auch allen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche mir während dieser Zeit das Leben nicht schwer gemacht haben. Wir hatten keine komplizierten Sitzungen und ich hatte ein einfaches Präsidial-Jahr. Ganz besonders möchte ich dem Gemeindeschreiber Olivier Gerig für die gute Vorbereitung vor den Sitzungen und die Unterstützung während den Sitzungen danken, sowie den beiden Stimmenzählern Manfred Schneider und Kurt Stettler und der Protokollführerin Franziska Zwygart.

Ich übergebe nun die Glocke und das Amt an Bettina Kast. Ich muss sie nicht extra vorstellen, ihr kennt sie alle, sie stammt aus einer Politiker-Familie. Sie wird die Sitzungen im nächsten Jahr sicher souverän leiten.

Beat Schüpbach, GFL-Fraktion. Ich danke Luzi Bergamin Poncet für seine geleistete Arbeit. Und wie er selber gesagt hat, ist er froh, dass er wieder unten im Parlament sitzen und seine Meinung kundtun kann. Er wird auch wieder das Amt des Fraktionspräsidenten übernehmen.

Bettina Kast, SP-Fraktion. Auch ich danke Luzi Bergamin Poncet. Du hast uns souverän und mit Witz, mit kleinen und grossen Geschäften, wie die Ortsplanung, Schulraumplanung und die Fusion mit Diemerswil, durch dieses Jahr geführt. Vielen Dank auch für die Organisation des GGR-Ausfluges. Ich freue mich auf eine neue und spannende Erfahrung im nächsten Jahr.

Luzi Bergamin Poncet, GGR-Präsident. Ich darf euch zum Apéro im Foyer einladen. Die nächste Sitzung findet am 26. Januar 2023, 19.30 Uhr im Kirchgemeindehaus statt.

GROSSER GEMEINDERAT MÜNCHENBUCHSEE

Präsidium

Sekretariat

Protokoll

Luzi Bergamin Poncet

Olivier A. Gerig

Franziska Zwygart